



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

2 (2.1.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201172](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201172)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich...
Verlag: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile...
Anzeigenpreise: Die kleine Zeile...
Anzeigenpreise: Die kleine Zeile...

Frankreichs Seerüstungen.

Paris, den 31. Dezember 1921.

Die Weigerung der französischen Vertreter auf der Washingtoner Konferenz, eine Einschränkung der auf 90 000 Tonnen angelegten Unterseeboot-Bauten zu gewähren, rief in der Senatskammer, die sich mit dem Marinebudget beschäftigte, lebhafteste Verwirrung hervor. Kein einziges Wort des Bedauerns über das Scheitern der Entwaffnungskonferenz ist gesprochen worden. Es verdient als geschichtliche Tatsache vermerkt zu werden, daß sich nicht ein einziges Senatsmitglied veranlaßt fühlte, die Vorgänge auf der Washingtoner Konferenz vom internationalen Standpunkte zu beurteilen. Engsterzögster Nationalismus bestimmte die Ausführungen des Senators Henry Berenger und des Marinebudget-Referenten Kerguenec, eines draufgängerischen Bretonen.

Balfours Klage in Washington läßt die Männer des nationalen Blods kalt. Man lächelt über den schlaun Fuchs, Herrn Balfour, der in Washington auf eine Wiederkehr der anglo-französischen Fehden hinwies und in einer Unterseebootflotte Frankreichs eine katastrophale Gefahr für den britischen Weltmarkt erkannte. Balfour sprach für seine Sache, doch die französischen Marinefachleute tun, was sie fürs Beste halten: sie bereiten die selbständige Verteidigung der französischen Küsten vor. Wohlgerührt, Kolonialminister Sarraut und Admiral Le Bon erklärten in Washington, Frankreich sei nicht auf eine Offensive künftiger submariner Streitkräfte „bedacht“; es wolle mit England, mit der ganzen Welt in Frieden leben. Doch die 90 000 Tonnen benötigte es dringend. Deutschland müsse niedergehalten werden, falls es „seine Revanche versuchen wolle“. Die Verbindung mit den Kolonien sei eine vitale Frage für Frankreich. Kein Mensch führe etwas Böses gegen England im Schilde.

Zu diesen französischen Erklärungen jenseits des Ozeans liefert der Senator Kerguenec einen Kommentar, der einen Blick in die Vorgeschichte des englischen Vorschlages, die Unterseeboote abzuschaffen, gewährt. In der „Dépêche de Toulouse“ teilt der Senator hierüber Folgendes mit: Im März 1919 fand zwischen Clemenceau und Lloyd George eine streng vertrauliche Besprechung über die Haltung Frankreichs in allen die Marinefragen betreffenden Sachkonferenzen statt. Lloyd George äußerte ernste Besorgnisse über den Vorschlag Wilsons, der die Freiheit der Meere „in seiner Loge verhülle“ und damit große Verwirrung anstiften könne. Der englische Premier las dem Kollegen eine Denkschrift der britischen Admiralität vor; das Elaborat stammte aus den Novembertagen des Jahres 1914. Es enthielt eine sehr genaue Beweisführung, des Inhaltes, daß die Marineflacht niemals zustandgekommen wäre, niemals zur Rettung der französischen Hauptstadt hätte führen können, wenn die englische Flotte nicht in den ersten Augusttagen alle strategischen Punkte gedeckt haben würde, um einen Einbruch der deutschen Seestreitkräfte in den Ärmelkanal und weiterhin bis Le Havre zu verhindern. Also: England rettete Frankreich. So lange die britische Flotte als bestimmender Faktor auftreten könne, habe Frankreich nichts zu fürchten. Clemenceau fand, daß es Lloyd George gut mit der Republik meine, und er erklärte sich bereit, gemeinschaftlich mit dem englischen Premier die „gefährliche Idee Wilsons“ zu bekämpfen. Dafür stellte Lloyd George ein enges anglo-französisches Marineabkommen, ähnlich dem des Jahres 1905, in Aussicht. Gewisse territoriale Zuständigkeiten wurden noch damit verknüpft. Clemenceau blieb nicht bei bindenden Zusagen, nein, er bewilligte auch die Auslieferung der deutschen Unterseeboote an England. Als Wilson mit seinen Vorschlägen heraustrat, fand er die eble Phalanx vor. Aus der Freiheit der Meere wurde nichts. Inzwischen fanden die vertraulichen Besprechungen Lloyd Georges mit Clemenceau ihre Fortsetzung. Die Frage, ob man in dem Friedensvertrag die Abschaffung der Unterseeboote aufnehmen solle, kam aufs Tapet. Lloyd George verstand es, dem französischen Ministerpräsidenten wertvolle „Sicherungen“ für dieses Jugendstündnis in Aussicht zu stellen. Möglicherweise wäre damals sogar der Garantievertrag mit England zustandgekommen, wenn parlamentarische Kreise von den Vertraulichkeiten der beiden Premierminister keine Kenntnis erhalten hätten. Eines Tages erschien der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Raoul Péret, bei Clemenceau und laute dem greisen Georges, „daß Frankreich sich nicht in Knechtschaft begeben wolle; die Küste Nordfrankreichs müsse von französischen Seestreitkräften verteidigt werden. Kurz, es entspann sich ein Streit um die Frage, ob die französische Flotte ihre Kanalherrschaft behalten, oder — wie dies während des Krieges geschehen — an England endgültig abtreten solle. Clemenceau merkte, daß er in seinen Vereinbarungen mit Lloyd George zu weit gegangen. Er trat einen maskierten Rückzug an, indem er erklärte, Péret hätte „Conciergenklaff“ vernommen. Die von Lloyd George erstrebte Klausel betreffs Abschaffung der Unterseeboote kam nicht zustande. Frankreich dagegen braucht sich — wie der Senator stolz erklärt — nicht mehr fürchten; es wird seine Nordküste selbst verteidigen; das Verhältnis zwischen Belgien und Frankreich gewährt selbst die Möglichkeit, vorgezeichnete Positionen besetzen zu können.“ Von Englands Geneigtheit, sich an einem Kriege zu beteiligen, den Frankreich vielleicht führen müssen, von dieser „Gutmütigkeit“ wird die Republik das nächste Mal nicht mehr abhängig sein. Der Senator erinnert daran, daß die britische Regierung auf der Pariser Friedenskonferenz Frankreich bemühte, um gegen die Vereinigten Staaten (benötigt nach Wilson) Front zu machen; heute habe sie den Stroh umgedreht und führe Hindernisse gegen Frankreich ins Treffen.

Diese neuesten Enthüllungen über das Geschehen auf der Friedenskonferenz dürfte in Bälde ihre Ergänzung finden, wenn die vom „Matin“ gerügte Veröffentlichung der Erinnerungen Wilsons (in der „Newport Times“) im Januar ihren Anfang nehmen sollte. Jedenfalls beweisen die Mitteilungen des Senators Kerguenec, daß, unmittelbar nach dem Waffenstillstande, fest umschriebene französische Rüstungspläne zu Wasser und zu Lande vorhanden waren, Pläne, gegen die Clemenceau eine scharfe Opposition führen mußte, um mit Lloyd George ins Reine zu kommen. Der Streit um die französische U-Boot-Tonnage ist, wie sich jetzt zeigt, älteren Datums. Für England scheint er vorderhand verloren. Ob sich auf späteren Entwaffnungskonferenzen eine Milderung des französischen Standpunktes einstellen wird, hängt letzten Endes von der Gestaltung der europäischen Kontinentalpolitik ab. Daß im französischen Parlamente eher Mißtrauen gegenüber England herrscht, als die Neigung, sich in den Rüstungsfragen zu verständigen, bewies die eingangs erwähnte Senatskammer in voller Deutlichkeit. Senator Berenger breitete seine historischen Kenntnisse aus, um der Versammlung zu beweisen, daß sich Frankreich unter Ludwig XV. seiner kolonialen Macht begeben mußte, weil es keine Flotte besaß. Er verglich (bei den Franzosen beginnen geschichtliche Vergleiche Schicksal zu werden) die damalige Lage mit der heutigen und entwickelte die humane Idee, daß Frankreich im „nächsten europäischen Kriege“ seine kolonialen Streitkräfte sicher ins Mutterland bringen werde. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Berenger die Einwohnerzahl Frankreichs und der „neuen Franzosen“ (in Afrika) auf einhundert Millionen. Er sprach von einem französischen Weltreich, das zu Lande und Wasser „über starke Kräfte“ verfügen müsse, um seinen historischen Traditionen gerecht zu werden.

Anzuerkennen waren die national gesinnten Senatoren mit den Zugeständnissen Sarrauts in der Großkampfschiff-Tonnage. Die Mehrheit behielt sich das Recht vor, das Ergebnis der Washingtoner Konferenz gründlich zu prüfen. Der Marineminister Guist'hau fand dies auch gut und richtig. In der Marinekommission werden die inneren Vorgänge auf der Washingtoner Konferenz zur Besprechung gelangen. Guist'hau, der unlängst mit Briand in London war, wird auch seine Eindrücke über die dortigen Konferenzen mit dem Marineamt mitteilen.

Faßt man die hier vorliegenden Pressestimmen zur Senatskammer und zu den Enthüllungen des Senators Kerguenec zusammen, so läßt sich sagen, daß die Umgestaltung der strategischen Bedingungen an der nordfranzösischen Küste das allernächste Ziel der herrschenden Kreise ist. Außerdem richtet sich das Streben derselben Kreise auf eine Erhöhung der Seestreitkräfte im Mittelmeer, hauptsächlich durch Unterseeboot-Stationen und dazu gehörigen Anlagen. Die sicherste Verbindung zwischen dem Mutterlande und den Kolonien ist das Ziel. Man erkennt auch, daß Generalstab und Admiralität aufs Engste zusammenwirken, um diesen kombinierten Rüstungsplan des heiligen Frankreichs zu verwirklichen.

Die Gefahr des „Slavischen Ringes“.

Berlin, 2. Jan. (Von unser. Berl. Büro.) Die Meldung, daß Pasitsch sich demnächst auf die Reise nach Prag und Wien begeben wird, um mit Oesterreich einen Vertrag ähnlich dem von Lana zu schließen, wird an unterrichteter Stelle für glaubhaft erklärt. Das wäre der Weg zum „Slavischen Ring“, von dem wir hier schon vor diesen Wochen geschrieben haben. Indes wird von sehr zuverlässiger österreichischer Seite versichert, daß die Auffassung der „Kölnischen Zeitung“ (die man auch sonst vielfach in Deutschland und Oesterreich bemerkt) die junge österreichische Republik hätte nunmehr den Anschlußgedanken preisgegeben, unzutreffend sei. Man wird das auch schon daraus schließen dürfen, daß der österreichische Gesandte in Berlin Dr. Riedel, ein stammer Großdeutscher, auf seinem Posten geblieben ist. Freilich kann die Entwicklung immerhin eines Tages diesen Weg gehen. Dr. Riedel hat sich von der ersten Stunde seiner Berliner Anwesenheit darum bemüht, die Kreise des Berliner auswärtigen Amtes davon zu überzeugen, daß Deutschland Oesterreich wirtschaftliche Annäherungsmöglichkeiten bieten müsse. Er hat, wie wir glauben möchten, beim Reichspräsidenten für diesen Gedanken Verständnis gefunden, in der Wilhelmstraße dagegen nicht, und so ist es schließlich gekommen, wie es kommen mußte.

Kriegsschuld.

Vor einigen Wochen wurde mitgeteilt, daß sich in Standinaoien ein Ausschuss angesehenen Männer gebildet habe, die im Begriff ständen, in neutralen Ländern eine Bewegung ins Leben zu rufen, um die Frage der Kriegsschuld durch eine unparteiische Untersuchung aufzuklären. Das hat sich jetzt dahin vermindert, daß in Christiania aus dem vorläufigen ein dauernder Ausschuss geworden ist, der seine Organisation vollendet hat. Zunächst sind Norwegen, Schweden und Holland darin vertreten; Dänemark ist mit Absicht nicht vertreten, weil man sich sagte, daß es durch die Erwerbuna Nord-schleswigs doch voraussichtlich beeinflusst und in seinem Urteil getrübt sei. Dieser Umstand läßt zum mindesten darauf schließen, daß man in den führenden Kreisen dieser Bewegung darauf bedacht ist, alles fern zu halten, was nach einer bestimmten Voreingenommenheit aussieht. Aus den Reden, die in den ersten Sitzungen gehalten worden sind, geht ferner hervor, daß man auch in den kriegsführenden Ländern selbst auf Unterstützung von Beuten rechnen darf, denen an einer sachlichen Klärung der Umstände gelegen ist, die zum Ausbruch des Weltkrieges Veranlassung gegeben haben.

Wir Deutsche können eine solche Bewegung nur mit Freude und Dankbarkeit begrüßen, weil uns alles willkommen sein muß, was zur Klärung der Schuldfrage beiträgt. Wir haben ein vollkommen reines Gewissen und können dem Ergebnisse einer jeden wirklich unparteiischen und unbeeinflussten Untersuchung mit Ruhe entgegensehen. Wir haben jahrelang viel zu sehr unter dem schweren Nachteil ge-

litten, den uns die Lüge unserer Schuld am Kriegsausbruch eingetragen hat. Wir geben uns aber auch keiner Lästung darüber hin, daß selbst ein so verdienstvolles Unternehmen wie das soeben ins Leben gerufen, nicht imstande sein wird, mit einem Male alle Wunden zu zerstreuen, die seit bald acht Jahren über uns hängen. Nicht umsonst hat man uns im Friedensvertrag von Versailles nach Erpresserart das Geständnis abgezwungen, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage. Nicht umsonst hat bei einer Gelegenheit Lloyd George selbst erklärt, Deutschland habe durch die Unterzeichnung eben dieses Friedensvertrages seine alleinige Schuld am Kriege ausdrücklich eingestanden. Damit steht und fällt nach Ansicht Lloyd Georges selbst der Anspruch der Entente auf Bezahlung der ungeheuerlichen Kriegsschuld, die man uns auferlegt hat. Freilich steht dem ein anderer Anspruch Lloyd Georges entgegen, daß alle europäischen Mächte wollen- und absichtslos in den Krieg hineingestürzt sind. Die Frage der Schuld am Kriege werden überhaupt erst späterer Geschlechter lösen können, anders aber steht es mit der Frage, wer u. was die Veranlassung gegeben hat. Das kann in absehbarer Zeit entschieden werden, und die Arbeiten jenes Ausschusses dürften dabei von weitestlicher Bedeutung werden. Von uns ist jede irgendwelche Förderung zu erwarten, nicht aber von den andern, die seines reinen Gewissens sind. In unserem eigentlichen Interesse und in dem des Wiederaufbaus der ganzen Welt wünschen wir den Arbeiten jenes Ausschusses vollen Erfolg.

Der 9. Allrussische Rätekongreß.

Moskau, 2. Jan. Vom allrussischen Rätekongreß wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Riga gemeldet: In seiner 9. Sitzung stimmte der allrussische Rätekongreß der von Lenin empfohlenen Einschränkung der Tätigkeit der außerordentlichen Kommission bei. Wie die leitende Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, wurde in Anbetracht, daß die Rätegewalt gestiftet werden soll, der Vorsitzende des allrussischen zentralen Volksgesamtwirtschaftsausschusses, Schestakow, diese Reform vorzunehmen. Dieser neueste Beschluß muß als äußerst bedeutungsvoll bezeichnet werden, denn die außerordentliche Kommission sabotierte besonders in letzter Zeit eifrig die Durchführung der neuen russischen Wirtschaftspolitik, da der freie Handel ihr völlig die Möglichkeit der Betätigung, die sich vorzugsweise in Erpressungen äußerte, nahm. Die Auflösung der Kommission würde deshalb die Wiederaufnahme der Beziehungen des Auslandes zu Rußland mehr fördern, als alle bisherigen Wirtschaftsreformen der Sowjetregierung, die Anerkennung der Kriegsschulden miteingerechnet.

Die Verständigung mit den Eisenbahnen.

Zu dem Abkommen, das zwischen der Regierung und den Eisenbahnerorganisationen zur Beilegung des Eisenbahnstreiks vereinbart wurde, wird vom Reichsverkehrsministerium ergänzend mitgeteilt:

Die nunmehr getroffenen Vereinbarungen bewegen sich genau in der feinerzeit von der Regierung eingeschlagenen Richtung: In stellen die Angleichung der Löhne der Eisenbahnarbeiter an die Industriellöhne, wenn auch nur zum Teil in den Orten, wo zwischen beiden ein Verhältnis besteht. Die gleichmäßige Festlegung der Erhöhung auf 1 Mark pro Stunde ist nur vorläufig und soll in den weiteren Besprechungen auf das für den Einzelnen zutreffende Maß gebracht werden. Auch die Übertragung des Distriktsverzeichnisses der Beamten auf die Arbeiter ist eine Maßnahme, die in den Vorstufen des Reichsverkehrsministeriums bereits enthalten gewesen ist. Wesentlich ist, daß eine Rückwirkung der Maßnahmen auf den 1. Oktober feststeht, so daß alle von dem Abkommen betroffenen Arbeiter in kürzester Zeit in den Besitz besonderer Geldmittel kommen. Das Streikende nicht vergütet werden, ist schon deswegen eine Selbstverständlichkeit, weil der Tarifbruch den Anspruch auf die Gegenleistung ohne weiteres beendet. Man kann andererseits verstehen, daß sich Maßnahmen aus Anlaß des Streiks auf die Verleistung von gewalttätigen Eingriffen in Verwaltung, Betrieb und Verkehr beschränken; dem abgesehen von den Handlungen gewalttätiger Personen, mit denen Mittel nicht am Tage ist, sind erweichungsgemäß bei derartigen Willen Streiks unanormale Elemente die hauptverantwortlichen, während das Personal in starker Maße der Verführung zum Opfer zu fallen pflegt.

Die Verpflichtung der Organisationen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken, ist nach dem Zustandekommen der Vereinbarungen eine Selbstverständlichkeit. Es muß erwartet werden, daß das Personal der Aufforderung nurmehr auch Folge leistet. Wie weit im übrigen der regelmäßige Verkehr bereits in den nächsten Tagen einsehen kann ist zur Stunde natürlich noch nicht zu übersehen, jedoch ist mit Rückschlüssen, namentlich in der Kohlenverföhrung, jedenfalls für mehrere Tage zu rechnen, da sich erfahrungsgemäß beratige Verkehrs- und Betriebsstörungen erst in einiger Zeit auswirken.

Um die Arbeitsaufnahme.

Berlin, 2. Januar. (Von unsem. Berliner Büro.) Die Hoffnung, daß bald nach dem Abschluß des Abkommens zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Eisenbahnerorganisationen der Eisenbahnverkehr wieder in vollem Umfang aufgenommen werden könnte, hat sich nicht ganz erfüllt. Dies liegt zum Teil daran, daß die örtlichen Stellen noch die Weisungen ihrer Organisationen abwarten. Ueber die Lage in den einzelnen Direktionsbezirken erfahren wir: In Köln ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden. Der Personenverkehr geht dort langsam wieder ein und man nimmt an, daß im Laufe des Tages die Züge wieder regelmäßig gefahren werden können. Demgegenüber ist der Güterverkehr allerdings noch schwach. Der sogenannte Rhein-Mosel-Verkehr, das sind die Kohlen-Reparations-Züge für Frankreich, hat gleich stark wieder eingesetzt. Im Bezirk Elberfeld hat die Verkehrsaufnahme bisher nicht die geringsten Fortschritte gemacht. Die Arbeiter warten die Verhandlungen ab, die ihre Vertreter heute nachmittag über die Ausführungsbestimmungen des Abkommens

im Reichsverkehrsministerium führen. In Hagen wird von einer radikalen Gruppe zur energischen Fortführung des Streikes aufgefordert. Der Personenverkehr Hagen-Köln konnte heute nur soweit aufrechterhalten werden, als von Köln aus Lokomotiven gestellt werden konnten. Im Bezirk Düsseldorf und im Siegener Bezirk ist die Verkehrslage gebessert. Auf der Ruhr-Siegbahn ist der Verkehr unregelmäßig. In Berlin sind, was den Österverkehr anbelangt, noch keine wesentlichen Fortschritte zu bemerken. Nachträglich wird noch gemeldet, daß die Organisationen sofort an die Bezirksvorstände und die Unterverbände die Anweisung ergaben lassen werden, unverzüglich die Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Die Lage in Schlessien hat sich verbessert. Die Breslauer Gruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die von Kommunisten und Unabhängigen beherrscht zu sein scheint, will der Weisung der Berliner Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nicht Folge leisten. In Breslau werden keine Kohlenzüge aus Katowitz angenommen.

50 Jahre Deutscher Lehrerverein.

In erster Zeit und deshalb auch in erster Form feierte Ende Dezember der Deutsche Lehrerverein das Fest des fünfzigjährigen Bestehens.

Der Deutsche Lehrerverein ist mit nahezu 150 000 Mitgliedern eine der stärksten berufständischen Organisationen Deutschlands überhaupt, da er die überwiegende Mehrheit der deutschen Lehrerschaft vereint. Gegründet wurde der Allgemeine Deutsche Lehrerverein im Jahre 1871. Die Gründungsversammlung fand in den Berliner Stralwalder Festsaal statt. Anjängs zählte der Verein nur wenige hundert Mitglieder, wuchs aber bald zu einer bedeutenden Organisation an. Schon zwei Jahre nach seinem Bestehen umfaßte er 500 deutsche Lehrer, eine Zahl, die 1880 auf 15 000, 1890 auf 44 000 angewachsen war. Die Jahrhundertwende sah den Deutschen Lehrerverein mit dem ansehnlichen Bestand von 82 000 Mitgliedern. 1910 waren es 120 000, gegenwärtig sind es 150 000. Am Freitag 1914/18 hat der Verein 17 000 Mitglieder verloren; sie traten auf dem Feld der Ehre oder in der Heimat an den Anforderungen des Krieges. Schmerzhafte Verluste erlitt der Lehrerverein außerdem durch den Friedensvertrag, der zahlreiche deutsche Gebiete, in denen Mitglieder des Vereins lebten, von dem Besatze des Reiches räumte.

Alle diese Schicksalschläge konnten an dem eisernen Bestande des Vereins, dem heute Lehrer Köhl vorsteht, nichts ändern. In seiner Festrede betonte Köhl die Notwendigkeit festen Zusammenhaltens sämtlicher Lehrer Deutschlands in einer Zeit des Kampfes um die Ehre, wie er erbitterter Kämpfe noch nicht gekannt worden ist. Der Verein sei unpolitisch und duldend, wolle sich aber weder in das „Rote“, noch das „Schwarze“ Meer stürzen lassen. Ein Festkonzert in der Philharmonie beschloß die Feier des Deutschen Lehrervereins.

Beamte oder Gewerkschaften?

Aus einer Reihe von Aufsätzen zu dem unter obiger Überschrift veröffentlichten Artikel, der uns von Berlin aus der Feder eines ständigen und gutunterrichteten Mitarbeiters zugeht, greifen wir folgende Einsendung heraus, die geeignet ist, die wirtschaftliche Notlage des mittleren und unteren Beamtenums ernst zu betonen.

Der Einsender schreibt:

Da die Einleitung des Artikels wird die Not der mittleren und unteren Beamten anerkannt, aber daß sie aus dieser Not heraus etwas unternehmen, um nicht zu verhungern und zu verelenden, und dies ist keinesfalls übertrieben, dazu wird ihnen das Recht genommen. Und warum? Der Beamte steht in einem dauernden Vertragsverhältnis zum Staat, kann nicht nach bestimmter Abmündungsfrist entlassen werden und hat Pensionsberechtigung, wie es wörtlich in Ihrem Artikel heißt.

Aus diesen drei Gründen hat also der Beamte, ich spreche hier nur von unteren und mittleren Beamten, kein Recht, seine gerechten Forderungen erst unter Anwendung der gewerkschaftlichen Mittel zu erlangen. Ich bin durchaus kein Freund von Streik und dergl., aber wenn es sich um die Existenz handelt, muß jeder versuchen, sich zu seinem Rechte zu verhelfen. Und ein Streik der Volksbeamten ist trotz der angeblichen Empörung bis jetzt noch Aktion. Wie aus den früheren und letzten Verhandlungen mit der Reichsregierung hervorgeht, scheitern sich die Beamten immer mit Versprechen abfinden, die nie erfüllt wurden. Die Regierung sollte eben auch mal Ernst machen mit diesem Versprechen, denn sonst muß sie eben die Folgen tragen und nicht die Beamten.

Ich greife hier nur den letzten Punkt „Pensionsberechtigung“ heraus, der uns bei jedem Anstoß ins Gesicht geschleudert wird. Wer

von den tausenden unteren und mittleren Beamten kommt in den Genuß derselben? Darüber schweigt sich der Schreiber Ihres Artikels aus, unvorsichtiger aber wie es denen geht, die tatsächlich im Genuß derselben sind. Er nennt sie mit Recht, die wirklich Armen und Elenden“. Vor Hunger und Elend und trotz Krankheit bieten sie sich an, wieder Dienst zu machen, um nicht zu verelenden und im wahren Sinne des Wortes zu Grunde zu gehen. Eine Anfrage bei den zuständigen Stellen wird Ihnen das beweisen. In eine Pensionierung ist also heutzutage nicht mehr zu denken. Und wie muß die Pension errungen werden? Doch nur durch Darben während der ganzen Dienstzeit! Auch muß erwähnt werden, daß durch irgend einen Umsturz, die Pensionsberechtigung aufgehört! Nicht ungemindert sei noch, daß jeder ein größerer Teil der jüngeren Beamten auf die Pension verzichten würden, wenn sie jetzt „angemessen“ entlohnt werden würden.

Auch wird von Ihrer Redaktion ganz vergessen, einmal einen Vergleich anzustellen zwischen den Inhabern bzw. dem Mindesteinkommen und dem tatsächlichen Einkommen der unteren und mittleren Beamten. Und vergleichen Sie doch mal das Einkommen Ihrer eigenen Angestellten vor dem Krieg und dem jetzigen und tun Sie das gleiche mit unfremd Gefühl! Ich glaube bestimmt, Sie bekommen ein anderes Bild von den nur zu berechtigten Forderungen der Beamten.

Der Leiter Ihres Blattes wird annehmen müssen, daß nur die Beamten an der Zerrüttung der Reichsfinanzen schuld sind und warum? Weil sie leben wollen, wie es ein Beamter doch wohl noch verlangen kann. Wenn es sich um die Arbeit handelt, da heißt es einfach: „Du mußt, es ist Deine Pflicht.“ Handelt es sich um die Entlohnung des Beamten, dann heißt es: „Du nimmst, was Du kriegst, damit basta!“ Tatsächlich verfährt man mit uns so, weil wir nur Pflichten, aber keine Rechte haben.

Dann wird als Begründung Ihrer Ausführungen dargelegt, daß die Beamten, namentlich auch durch das Ortskostenverzeichnis, soeben eine erhebliche Aufbesserung erfahren“ haben. Auch hiermit wird versucht, den Lesern, die die Sache nicht näher kennen, Sand in die Augen zu streuen. Wie sieht denn hiermit tatsächlich? Die Beamten der meisten Orte tragen „nichts!“ Und die es angeht, erhalten durchschnittlich 100—150 M mehr im Monat. Soll das etwa eine durchgreifende Verbesserung bedeuten?

Betrachten Sie nun noch die unannehmliehen Verhältnisse. Vor Weihnachten erhielten wir tausend Mark Vorstoß auf das Januargehalt. Jeder war durch diese Notlage gezwungen, den Betrag in Angriff zu nehmen. Beson aber leben im Januar, wo doch durchaus kein Preisrückgang zu erwarten ist, sondern viel bestimmter noch eine Verteuerung der Lebensmittel und dergl.

Doch bei einer Lebensnahme oder Hebernahme der Finanzgeschichte des Reichs durch die Entente des Einkommens der Beamten geschändert wird, ist unbedenklich und damit können Sie den vernünftigen Beamten keine Angst einjagen. Als mittlerer Beamter und Sohn eines unteren Beamten glaube ich die Verhältnisse so genau zu kennen, daß ich sie die obenstehenden Ausführungen jederzeit einreden kann. Sie seien jedoch kein Angriff des Schreibers, sondern nur eine Darlegung der Tatsachen.



Wir machen dazu, da uns an einer Klarstellung selbst gelegen ist, folgende redaktionelle Anmerkung:

Der Berliner Artikel ist zweifellos als politischer Artikel gemeint gewesen und ist von uns auch als solcher aufgefaßt worden. Daher ist er in der politischen Abteilung des Blattes veröffentlicht worden. Die Kollage der unteren und mittleren Beamten und die Notwendigkeit, eine grundlegende Verringerung der unzulänglichen Gehaltsregelung zu erstreben, wor damit in gar keiner Weise bestritten. Die politische Betrachtung wandte sich nicht gegen berechnete Ansprüche, sondern lediglich gegen den gewählten Weg. Nach unserer Auffassung ist dieser Weg nicht der richtige. Es geht nicht an, daß Staatsbeamte ihrer Regierung ein Ultimatum stellen, und ebensowenig, daß die Regierung sich, ohne die verfassungsmäßige Instanz des Reichstags zu hören, dem Druck wirtschaftlicher Organisationen beugt. Das führt zur Anarchie. Dabei hat — und das haben wir anfänglich der Eisenbahnerbewegung betont — die Reichsregierung ihr gerüttelt Maß Schuld daran, daß es soweit gekommen ist.

Die Frage der Verminderung des Beamtenapparates und der Herabsetzung der Gehälter ist lange vor dieser erneuten Bewegung um angemessene Gehaltsregelung der Beamten, in der Presse des Auslandes erörtert worden.

Daß der Verfasser des Artikels nicht an die besonderen Mannheimer Verhältnisse noch an irgend eine Sondergruppe

von Beamten gedacht hat, brauchte wohl nicht hervorgehoben zu werden, wenn nicht Zuschriften erkennen ließen, daß auch diese irrtümliche Auffassung verbreitet wurde.

Zuletzt möchten wir noch auf die Ausführungen des „Vorwärts“ anlässlich des Eisenbahnerstreikes hinweisen und die Aufmerksamkeit aller Interessierten auf den Aufsatz: „Das Reich und der Eisenbahnerstreik“ in der heutigen Ausgabe der „Volksstimme“ hinweisen.

Zur Beleidigungsaktion.

Vom Zeitungsdiens des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben:

„In einem Teil der Tagespresse wird die angeblich von einem Regierungsvertreter geäußerte Auffassung veröffentlicht, daß die Reichsregierung grundsätzlich schon Anfang Dezember zu Verhandlungen mit den Organisationen der Beamten und Arbeiter wegen Erhöhung ihrer Bezüge bereit gewesen sei, daß aber ihre Absicht durch die von den Organisationen unter Führung des Deutschen Beamtenbundes eingereichten hohen Forderungen vereitelt worden sei.“

Abgesehen davon, daß diese Meldung die unabweidungliche Absicht verfolgt, dem Deutschen Beamtenbund für die Verögerung die Schuld aufzuladen, muß die vertretene Auffassung, daß die Regierung wegen Erhebung zu hoher Forderungen der Beamtenverbände jede Verhandlung abgelehnt habe, um so stärker befremden, als in der Antwort des Reichsfinanzministeriums auf die Eingabe der Spitzenorganisationen vom 3. Dezember von dem Reichsfinanzminister erklärt worden ist, daß er von sich aus „rechtzeitig die als möglich und angemessen erscheinenden Vorschläge machen und hierüber mit den Spitzenverbänden in Verbindung treten“ werde. Wenn also nach der Veröffentlichung in der Tagespresse die Regierung bereit gewesen wäre, die Verhandlungen sofort aufzunehmen, falls sich die Forderungen im Rahmen einer Gesamtauswirkung von etwas 8—10 Milliarden Mark bewegen hätten, so stand der Verwirklichung nichts entgegen. Der Deutsche Beamtenbund trägt jedenfalls keinerlei Verantwortung für die Nichtaufnahme der Verhandlungen, noch glaubt er die Schuld dafür übernehmen zu müssen, daß die Beamtenchaft durch die zögernde Haltung der Regierung bisher nicht in den Genuß der Erhöhung der Bezüge gelangt ist.

Während der letzten Tage unangenehm bemüht gewesen, eine bedeutsame Klärung der Lage herbeizuführen. Diese Bemühungen dauern zurzeit fort.“

Bayern und die Pfalz.

Neue Entenkommission in München.

München, 2. Jan. In München zieht mit Beginn des neuen Jahres eine neue Entenkommission ein. Es handelt sich um eine englische Kommission aus 2 Offizieren mit Hilfspersonen, deren Aufgabe die Nachprüfung nach englischen Verordnungen sowie die Wahrnehmung der Nachschaffgeschäfte ehemaliger englischer Kriegsgefangenen in Bayern ist. Die französische Kommission mit gleichen Aufgaben weilt seit einiger Zeit bereits in München.

Jubiläum der „Münchener Neuesten Nachrichten.“

München, 2. Januar. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hatten zu einer Feier ihres Eintritts in den 75. Jahrgang zu einem Feste eingeladen, an dem neben der gesamten Presse Münchens auch Ministerpräsident Graf v. Cernigoiß und der Bürgermeister von München teilnahmen. Der Ministerpräsident überbrachte die Glückwünsche der bayerischen Regierung und sprach über die Bedeutung der Presse im Staate, wobei er betonte, daß die Presse in erster Linie dazu berufen sei, für die Wahrheit zu stehen. Die bayerische Regierung verkenne nicht die wirtschaftliche Not der Presse, sie sei daher darauf bedacht, den Grundhaushalt der deutschen Presse: den guten Willen zur Wahrheit hochzuhalten, zu unterstützen. Bürgermeister Schmidt gab dem Wünsche Ausdruck, daß das gute Einvernehmen zwischen Presse und Stadtverwaltung erhalten bleibe. Weiter wurden Glückwünsche überbracht von dem Verein deutscher Zeitungsverleger, dem Verein bayerischer Zeitungsverleger, dem Schuyverband der Münchner Presse und anderen Korporationen.

Die Halbseele.

Roman von Arthur Brausewetter.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie waren in der Poliklinik angelangt. Der Kranke, der noch wenig zum Bewußtsein gekommen war, lag auf dem Untersuchungsstische. Der Professor betrachtete ihn eine Weile. Darauf begann er die Untersuchung, erst mit gleichgültiger Miene, dann immer angespannter, zuletzt mit einer Hinneigung, einem Eifer, der von seinem ganzen Antlitz leuchtete. Es war ein Vergnügen, ihn bei der Arbeit zu sehen.

„Sehr interessanter Fall! Und noch viel zu machen. Aber schleunigster Eingriff notwendig. Und instruktiv wie nie etwas vorher. Hier können Sie mehr lernen, als aus hundert anderen Fällen.“

Und seine Augen funkelten. Und die Freude des Mediziners an diesem Falle, die Lust, hier zu operieren, warf alle letzten Vorläufe über den Haufen.

„Über das muß ich selber machen“, sagte er schnell, „es geht nicht anders! Selen Sie ohne Sorge, ich werde alle Vorichtsmaßregeln brauchen.“

Sprachlos starrte ihm Merken an.

Eben erst hatte er ihm versichert, daß er an ein persönliches Eingreifen gar nicht denke. Und jetzt?

Jetzt wollte er, alle Regeln der gebotenen chirurgischen Reserve außer acht lassend, hier selber operieren, wo seine Beirührung dem Kranken den Tod bringen konnte? Und das nicht etwa aus Liebe zu dem armen Opfer, das hier vor ihm lag, sondern nur aus heißblütigem Interesse für den seltenen Fall, der hier vorbanden war, nur aus selbstthätiger Lust an seiner Arbeit?

Nein, er durfte, er wollte es nicht leiden! „Herr Professor“, sagte er ruhig, aber mit sehr bestimmtem Tone, „ich möchte Sie bitten, sich mit mir über den Befund Ihrer Untersuchung, die ich ja auch bereits sehr genau vorgenommen, ins Einvernehmen zu setzen. Ich will auch gern jede Anweisung von Ihnen annehmen und mich genau nach Ihren Weisungen richten — aber die Operation selber, bitte, lassen Sie mich ausführen.“

Er hatte vergeblich gesprochen. Der Professor hörte ihn kaum.

„Das geht nicht — das muß ich allein machen“, murmelte er nur vor sich hin, ging in das Nebenzimmer, ent-

ledigte sich hastig seines Rockes, klemmte die Hemdärmel hoch empor und begann nun langsam und sorgfältig zuerst die ausgestulpten Arme, dann die Hände zu desinfizieren, die er zuletzt noch in Alkohol tauchte. Werten hatte ihn noch nie so eifrig mit der Bürste reiben sehen wie in diesem Augenblicke; aber er blieb trotz alledem fest bei seinem Vorhaben, diese Operation nicht zu dulden.

Der Professor Mingette nach dem Wärter: „Den Patienten sofort ins Operationszimmer, Schwester Luise soll alles bereit machen, wir kommen gleich.“

Der Kranke wurde auf die Tragbahre gefegt. Die beiden Kerze zogen sich die Operationsmäntel an.

Der Professor wollte eben die Tür öffnen, als Merken lächelnd ihm zuvorkam, die Hand auf die Türklinke legte und sich ihm gegenüberstellte.

„Herr Professor — ich bitte Sie jetzt zum letztenmal dringend, von dieser Operation abzustehen und sie mich unter Ihrer Leitung ausführen zu lassen.“

Professor Westphal hatte solche Sprache noch nicht vernommen. Er wurde stumm. Aber nur einen Augenblick.

„Sie wollen übergen, Herr Kollege“, sagte er dann und bemühte sich, begütigenden Humor in den scharfen Klang der Stimme zu legen.

„Gott weiß es, daß ich nicht überge, daß es mir heiliger Ernst um meine Bitte ist.“

„Ich soll Sie ernst nehmen? Nun ganz wie Sie wollen. Dann hören Sie im Ernst auch meine Antwort. Ich lasse mir keine Vorschriften machen über das, was ich zu tun und zu lassen habe. Am wenigsten von meinem Assistenten. Hier bin ich der Chef, Herr Doktor Merken. Ich halte den Fall für dringend, ich bin der Meinung, daß nur ich persönlich hier eingreifen habe. — Und ich bin Ihnen keine weitere Rechenschaft schuldig. Sie haben Ihre Pflicht zu tun und mir zu assistieren. Und nun bitte, ich habe keine Zeit zu verlieren.“ Und er ging an Merken vorbei in das Operationszimmer.

Der Professor hatte kein Meisterwort getan. Merken, der erst sehr widerwillig assistierte, konnte sich bald nicht satt sehen an dem Hintertreiben dieser weichen und doch so kühnen Hände, wie sie bald mit den Fingern der linken die Haut spannten, bald mit denen der rechten leicht das Stäpsel durch die Weichteile des Operationsfeldes führten, wie sie, zur wichtigen Faust geballt, das Reflektionsmesser in sich schlossen und es handhaben mit kräftigem Auge, und dann wieder mit einer Zartheit sonderbarsten die Sonde mitten hinein in die empfindlichsten Stellen führten und mit ruhiger Sicherheit ihre fallenden Untersuchungen machten.

Schließlich war er so hingerissen, daß nur der „Erl noch in ihm lebte und er allen Groll gegen den Professor verlor.“

Auch dieser war nach gelanter Arbeit in sehr gehobener Stimmung. „Das hätten wir gut gemacht! So ein Eingriff, der lohnt! Das ist mein Fall! Erinnern Sie sich noch, was ich Ihnen damals von dem engen Gewissen sagte? Dies hier war die deutlichste Illustration. Wenn ich gedacht hätte wie Sie, und geäußert, wäre der arme Teufel verloren — unwiederbringlich verloren! Aber jetzt ist er gerettet — und sein Vetter bin ich!“

„Wir wollen es hoffen.“

Dem Professor behagte die referierte Art seines Assistenten wenig. Er erledigte die notwendigen Sachen, verabschiedete sich dann kurz und kühl, lies in sein Kupon, das vor dem Portale wartete, und fuhr zu einer wichtigen Konsultation in die Villenfronte des neu angelegten Stadtheils.

„Wie geht es unserem Patienten von gestern?“ Das war die erste Frage, mit welcher am nächsten Vormittage der Professor das Konsultationszimmer des Vazareits betrat.

„Alles normal und gut“, erwiderte Merken.

„Sont wichtige Fälle?“

Merken erwiderte: „Nein.“

„Schön — schön — wollen wir alles machen. Aber zuerst führen Sie mich doch mal zu meinem Freunde von gestern.“

Der Maurer lag auf der Männerstation B in seinem Bette. Der Professor las mit einem schellen Blick den Namen des Patienten von der Tafel über dem Kopfende des Bettes, nannte dann den Mann mit seinem Namen, was er sonst bei den Patienten dritter Klasse nie tat. Sprach sogar einige ermutigende Worte zu ihm und strich ihm freundlich über die bleiche, schwelge Hand. Der interessante Fall hatte ihn mit einer sonst nicht bemerkten Zuneigung zu diesem einfachen Menschen erfüllt.

Und der Kranke sah zu ihm empor, und aus den matten, fast erloschenen Augen trat ihm ein Bild so rührend, so anbetend beinahe, daß Merken aufs neue fühlte, wie eine Macht dieser Mann auf die Menschen abte, gleichviel welcher Gesellschaftsklasse und welchem Bildungsgrade sie angehörten — wenn er nur wollte!

„Meine Frau, meine armen Kinder! Dank, tausend Dank!“

(Fortsetzung folgt.)

Allen am 1. Januar hinzutretenden Bezählern wird der Anfang des Romans auf Wunsch kostenlos nachgeliefert.

Städtische Nachrichten.

Wer zahlt die Wohnungsabgabe?

Nach dem am 21. Dezember 1921 von der Bürgerausschussung angenommenen städtischen Antrag sind vom Steuerwert jedes Hauses 2 Prozent Wohnungsabgabe zu entrichten. Nun bestehen Zweifel darüber, wer diese 2 Proz. zu zahlen hat, der Mieter oder der Vermieter. Wir glauben deshalb allen Lesern einen Dienst zu erwiesen, wenn wir die betreffende Stelle aus dem Stadtratsantrag wörtlich wiedergeben. In der Begründung heißt es Seite 27:

„Zur Zahlung verpflichtet ist der Eigentümer des Grundstücks. Steht an dem Grundstück einem Anderen der Nießbrauch oder die behaltende oder ererbliche Nutzung zu, so ist der Nießbraucher oder Rühnhaber zahlungspflichtig; der Eigentümer haftet in diesem Fall mit dem Zahlungspflichtigen als Gesamtschuldner für die Abgabe. Der zur Zahlung Verpflichtete kann von den Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Gebäudeteile des abgabepflichtigen Grundstücks (also den Mietern, bezw. Wohnungsinhabern) die Erstattung der Abgabe nach dem Verhältnis verlangen, in dem der Nutzungswert der von ihnen benutzten Räume zu dem Nutzungswert des gesamten abgabepflichtigen Grundstücks steht. Entschieden zwischen dem Mieter und dem Vermieter ist, so entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten endgültig das Mietverhältnis. Der Vermieter ist der Erstattungsstelle des Mietverhältnisses. Der Vermieter ist der Erstattungsstelle des Mietverhältnisses. Der Vermieter ist der Erstattungsstelle des Mietverhältnisses.“

Die Sachlage ist demnach klar. Der Hauseigentümer muß die Wohnungsabgabe absetzen, hat aber das Klagbare Recht, von jedem seiner Mieter den auf diesen entfallenden Anteil einzuziehen. Ueber die Höhe des Anteils entscheidet auf Antrag des Mieters oder Vermieters das Mietverhältnis endgültig. Jeder Mannheimer Wohnungsinhaber hat demnach ab 1. Oktober 1921 vom Mietwert seiner Wohnung im Verhältnis zur Gesamtmiete des ganzen Hauses 2 Prozent Wohnungsabgabe zu zahlen. Wenn sie nicht von dem Stadt direkt erhoben wird, was das einzig Richtige wäre, muß diese dem Hauseigentümer ausbezahlt werden. Ungleichheiten werden dadurch entstehen, daß die Häuser verschieden für Steuer veranlagt sind, je nachdem sie gefachelt sind. So kann bei gleichgroßen Häusern mit gleichviel gleichwertigen Wohnungen der Steuerwert beim einen 100 000 M betragen, beim andern 125 000 M und noch mehr. Es können also die 8-10 Familien in einem Haus 2000 M Wohnungsabgabe aufbringen müssen, die Mieter im höher geschätzten dagegen 350 M. Wir empfehlen deshalb allen Mietern, sich vom Steuerwert des Hauses zu überzeugen; er ist auf dem Steuerzettel des Eigentümers vermerkt. Weitere Unterschiede bezüglich der Höhe des Anteils werden dort entstehen, wo die Hauptmiete von Geschäftsräumen besteht. Wenn in einem Haus 20 000 M Miete einnehmen, zwei Geschäftsbetriebe darin aber allein 18 000 M bezahlen, so fallen auf die übrigen Mieter nur noch die Anteile der restierenden 2000 M. Wer also in der Wahl seiner Wohnung Glück hatte, kann jetzt erst recht Glück haben. Eines möchten wir noch vorbringen: Die Wohnungsabgabe nicht in den Mietpreis einzubeziehen, sondern unabhängig davon zu regeln; sonst kommt man beim Wassergeld, Müllabfuhr- und Kanalgebühr nochmals höher dran.

Die Mannheimer Liedertafel

Die Mannheimer Liedertafel hat in den letzten Tagen kurz hintereinander zweimal Gelegenheit zu gemeinschaftlichen Besuchen. Am Donnerstag wurde die Besichtigung im Kaufmannschor des Hofgartens gefeiert. Die Darbietungen trugen den verschiedensten Besondereigenschaften Rechnung. Von den ausgesprochen künstlerischen Genüssen stellen wir die Lieder an die Spitze, die von Frau Kanne dann vorgetragen wurden. Der dunkelgefarbte Soprano der Dame kam in den zwei vorzüglich ausgedeuteten Liedern „Bon ewiger Liebe“ und „Bergedüchtes Schindens“ zu voller Geltung. Ebenso gefielen die Duette „Auf einem Zweig von Rosen“ von Lola Vasszy und „Unterm Fenster“ von Schumann, die die Dame in Gemeinschaft mit dem stimmreichen Vereinsmitglied Hans Warg sang. Der kürzlich gebildete gemischte Chor, der sich mit dem polytonischen G. Wohlgemuth'schen Chor „In der Fremde“ und einem leichtbeschwingten Langspiel von Bertold nicht über einführte, wird nach fleißig üben und seine Reihen beträchtlich vergrößern müssen, wenn er mit der nur männlichen Minderzahl in Konkurrenz treten will. Die letztere versammelte sich übrigens nur einmal in mittlerer Stärke auf der Bühne, um unter Herrn Hansens Leitung die „Motette“ von Reger mit feinsten Abtönung und viel Empfinden vorzutragen. Das ganz letzte Genre wurde durch Herrn Direktor William Schuff vom Robert Rumpelmayr vertreten, der als Klavierhummorist den erwarteten Bombenerfolg erzielte. Seine „musikalische Familie“ gefiel ebenso ausgezeichnet wie die „Sängerprobe“. Und als er schließlich mit einer Stegreifblatung „in Jungfrau von Orleans“ schloß, da war der Beifall so stark, daß eine Zugabe nicht verweigert werden konnte. Bereichert wurden diese unterhaltenden Gaben durch zwei Chanson, die Herr Oscar Brömmer spendete. Frau Elst begleitete die Soli mit großer Feinsinnigkeit. Die Kapelle Pettermann erfreute unter Herrn Beckers sorgfältiger Leitung mit

vielermaßen Musikstücken, von denen die Paraphrase auf das Lied „Stille Nacht“ dem Charakter der Veranstaltung besonders Rechnung trug. Bei der Aufführung der Operette „Die Hahli mein, der Hahli lacht“ von J. Offenbach machte sich in erster Linie Frau Emma Hed verdient, die als Hannechen wirkliche Künstlerin zeigte. Vor allem war das ungezwungene, natürliche Spiel sympathisch und auch die Stimme klang sehr gut. Die Herren Hans Warg, Oscar Rüdlich und Eberhard Sinnhofer hielten sich recht brav, waren aber den Anforderungen, die Offenbach an die Charakterisierung stellt, nicht völlig gewachsen. Man darf eben Offenbach nicht durch Dilettanten ausführen lassen. Nach Abwicklung des Programms, das im allgemeinen großen Anklang fand, begab man sich in den Nebenlokal hinunter. Hier kamen dann die Langstüßigen zu ihrem vollen Recht.

Die Darbietungen beim gestrigen Neujahrs-Herrenabend waren nicht minder reichhaltig. Nach gediegenen Musikstücken der Kapelle Pettermann (Leitung Herr Becker) sang die städtische Minderzahl den wundervollen Chor „Hocham im Walde“ von Becker mit prächtigem Zusammenklang, feinsten dynamischer Schattierung und tiefer Besetzung und leitete so auf das stimmungsvollste zu der Neujahrsansprache des 1. Vorsitzenden, Herrn Gg. Müller, über. Er stellte fest, daß sich der echte Liedertafel den Neujahrsabend ohne Bierprobe nicht denken könne, begrüßte die Erscheinenden, vor allem die Gäste — wir erwähnen die Herren Geh. Regierungsrat Steiner und Kommerzienrat Sauerbeck —, und entbot Allen ein herzlich willkommenes Neujahr! Was das alte Jahr, das in seinem Verlauf mit Behmut und Bitterkeit erfüllt wurde, so bleibe auch das neue keine hoffnungsreiche Aussicht. Nur neue Enttäuschungen und Demütigungen werde es bringen. Aber man dürfe die Hoffnung nicht sinken lassen, denn in unserm Volke wohne ein guter Kern und eine starke Kraft. Wenn jeder Deutsche den festen Willen habe, zur Besserung und Gesundung beizutragen, dann werden wir besseren Zeiten entgegengehen. Vor allem müssen wir uns auf unsere geistigen Güter wieder besinnen und die Ideale pflegen. In dieser Beziehung hätten die deutschen Männergesangsvereine immer Ersprießliches geleistet. Auch die Liedertafel wollten von neuem ergreifen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Mit der Bitte, die Liedertafel in diesem Bestreben zu unterstützen, verband der Redner den Wunsch, daß dem deutschen Vaterlande im neuen Jahre ein guter Stern leuchte und alle Hoffnungen in Erfüllung gehen mögen. In diesem Sinne schloß Herr Müller mit einem herzlichsten Glückwunsch zum neuen Jahre. Als der deutsche Sängerspruch, mit dem die Aktivität die Worte des Vorsitzenden bekräftigte, erklangen war, veränderte der 2. Vorsitzende, Herr Direktor Klostermann, daß die Aktivität beschlossen habe, Herrn Jakob Dann, der seit 4. November 1881 der Aktivität angehört, zum Ehrenmitglied zu ernennen. Der 1. Vorsitzende, Herr Bankprokurist Gg. Müller, der seit 9. Dezember 1896 aktives Mitglied ist, wurde mit dem goldenen Sängerring geschmückt. Herr Klostermann wies bei dieser Gelegenheit in längeren Ausführungen auf die großen Verdienste hin, die sich der Jubilar als langjähriger Schriftführer und nummehriger 1. Vorsitzender um die Liedertafel erworben hat. Das Hoch auf die beiden Jubilare, denen auch das Diplom unter Glas und Rahmen überreicht wurde, unterstrich die Aktivität mit dem Vereinsmahlspruch. Die beiden Gebrütern dankten herzlich mit dem Bewußnis, daß sie auch fernherhin treue Anhänger der Liedertafel sein würden. Das Hoch auf die Liedertafel, das Herr Müller ausbrachte, fand jubelnden Widerhall.

Es folgten nunmehr in bunter Reihe ernste und heitere Vorträge. Herr Otto Henne eröffnete mit den Soli „Murmels des Wäldchen“ von Jensen und „Liebesfeier“ von Weingartner, bei denen er von neuem zeigte, daß er dem besten Berufssänger durchaus gewachsen ist. Herr Konzertfänger Emig ließ sich wegen Indisposition entschuldigen. Die Arie des Kadmos aus „Aida“ und „Heimliche Aufforderung“ von Strauß kamen trotz der klimatischen Behinderung ganz prächtig zur Geltung. Einer gelungenen Satyre, die Herr Josef Götz mit trefflicher Pointierung zum Besten gab, schlossen sich ebenso vorzügliche Beiträge des Quartetts (Baumüller, Roth, Dann und Brüser) an, das in der letzten Zeit in bezug auf Ausdauerfähigkeit und Pianierung bedeutende Fortschritte gemacht hat. Das Beste auf humoristischem Gebiet waren zweifellos die schwäbischen Schürren, die Herr A. Kuerbach aus Frankfurt mit so meisterhafter Charakterisierung und so glänzender Beherrschung des Dialekts vortrug, daß man nur ungern den Vorhang fallen ließ. Herr Eberhard Sinnhofer besaß den Reigen mit zündenden Breißeisern. Auch hier war wieder Herr Becker derjenige, der mit seiner Kapelle die musikalische Würze beisteuerte.

Ph. Tödlcher Anfall. In der Nacht vom Silvester auf Neujahr kurz vor 12 Uhr wurde der 59 Jahre alte verh. Bahnarbeiter Heinrich Stupp, wohnhaft Große Ballhofstraße 57, bei dem Stillwert V des Hauptbahnhofes vermutlich zum Zuge 388 überfahren und getötet. Der Verunglückte war nach gemachten Feststellungen angetrunken und hat in diesem Zustande das Bahngelände unbeschränkter Weise betreten. Die Leiche wurde nach der Weichenhalle überführt.

Der Ladenbrand in Neckarau. Von dem wir in letzter Nummer berichteten, wurde nach dem Polizeibericht durch ein 12 Jahre altes Kind verursacht, das mit einem brennenden bengalischen Feuerwerkskörper hantierte. Zunächst gerieten die auf dem Tisch liegenden Feuerwerkskörper in Brand und explodierten. Das Feuer griff sofort auf den ganzen Laden über, der vollständig ausbrannte, ebenso ein angrenzender Wohnraum. Ein im Laden anwesendes

18 Jahre alte Mädchen erlitt durch die Explosion der Feuerwerkskörper am linken Arm und im Genick erhebliche Brandwunden. Der angerichtete Gebäudeschaden beträgt allein etwa 40 000 M., der Fahrnißschaden etwa 30 000 M.

Pb. Zusammenstoß. Auf der Friedrichsbrücke am Friedrichsring verfuhr am 31. Dezember, abends kurz vor 7 Uhr, ein Fuhrmann aus Waldhof mit seinem Zweifelhäufwerk einem Straßenbahnwagen der Linie 17 vorzufahren, obwohl ihm aus entgegengekehrter Richtung ein Straßenbahnwagen der Linie 3 entgegenfuhr. Der Fuhrmann geriet mit seinem Fuhrwerk zwischen die beiden Straßenbahnwagen, wobei beide Wagen erheblich beschädigt wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Sein 25jähriges Geschäftsabläum feiert am morgigen Dienstag Herr Aug. Hauser, Proturist der Firma Heinrich Bohrmann, Weingroßhandlung.

Marktbericht.

Unser Neujahrsmarkt, der den Mannheimer Wochenmarkt betraf, ist nicht in Erfüllung gegangen. Es war ja auch nicht zu erwarten, da die Marktlage noch eine zeitlang auf dem jetzigen Stand bleiben wird, bis das Frühjahr neue Früchte aus dem Boden treibt. Der Gang über den Wochenmarkt war nicht ermutigend, zumal wenn ein feiner Sprühregen vom Himmel herunterstieß. Auf dem Platz herrschte wohl geschäftiges Treiben, aber er war zu öde, um Marktstimmung aufkommen zu lassen. Man sah viele, die nicht da waren. Auf langen Bankreihen war kein Korb zu sehen, nur hier und da ein verirrtes Salat- oder Krautblatt, achselbeiseite geworfen. Die Zufuhr war dementsprechend gering. Die Preise sind wohl oder übel auch dementsprechend, Kartoffeln 1.60 Mark, Spinat 2 Mark, Wirting 1-2 Mark, Kohlrabi 2-2.50 Mark, Weißkraut 1.70-1.80 Mark. Endivienalat und Feldsalat sind immer in der salarimen Winterzeit vorzuziehen, der eine zu 0.50 bis 3 Mark, der ander 7-8 Mark das Pfund. Zwiebeln 1.60 bis 1.80 Mark.

Äpfel und Birnen von 2.50-5.50 Mark. Eier 4.20 bis 4.40 Mark, Landbutter 38 Mark, Tafelbutter 40 M. Ein recht ansehnlicher Preissturz ist eingetreten, aber er dürfte noch etwas anhalten, bis die Butter wieder jenen Preisstand erreicht hat, so daß man sie als Vollnahrungsmittel anpreisen darf. Vorläufig ist sie immer noch Luzus, wenn auch die Steuermaßstab anderer Ansicht sind.

Veranstaltungen.

sch. Die gestrige Neujahrs-Veranstaltung im Nebenlokal war im Gegenstoß zu dem Massenandrang, der zu den sonstigen Zeremonien herrschte, nur mittelmäßig besucht. Wir müssen dies bedauern, weil die Darbietungen sich durchaus auf beachtenswerter künstlerischer Höhe bewegten. Am originellsten war im freitrag das Schattenspiel, für das K. P. U. A. C. H. A. C. H. E. R. der ehemalige Spielleiter des Apollotheaters, verantwortlich zeichnete. Es handelt sich um bewegliche Bühnen, die hinter einer beleuchteten Riesenszene dargestellt werden. War köstlich war die Wirtshauszene, die von zwei geprellten Bagabunden, dem profitorischen Wirt, seinem schändlichen Töchterlein und dem gestrenghen Herrn Gendarm mit ausgezeichnet karrierender Komik gespielt wird. Auch der „Docteur Eisenhart“ gefiel ungemein die Hans Sachs-Gruppe des Vereins für Volkshausenspiele bekräftigte durch die Wiedergabe des Einakter „Der tote Mann“ den günstigen Eindruck, den man schon bei dem kürzlichen Ausreten gewann. Herr E. Albrecht spielte das Hornsolo zu der Fantasie „Du mein Thüringen“ so virtuos, daß er auf lärmliches Verlangen noch einmal auf die Bühne rief, und die Kapelle steuerte unter Herrn Beckers Leitung mehrere gediegene Musikstücke bei.

Liederabend Karl Erb. Am 5. Januar wird Karl Erb im Nebenlokal im Rahmen eines außerordentlichen Konzertes des Musikvereins einen Liederabend veranstalten. Der Künstler wird geistige Vorgänge von Joh. Seb. Bach und Lieder von Schumann und Wolf zum Vortrag bringen.

Klavierabend Edwin Fischer. Zu einem besonderen Ereignis für die Kongregation in Mannheim wird sich der Klavierabend Edwin Fischers gestalten, der hier am 14. Januar in der Harmonie stattfindet. Die Vortragsfolge nennt Bach Toccatas, Beethovens Diabelli-Variationen, Schubert Impromptus und die Sonate H-moll von Chopin.

Kommunale Chronik.

Der Bauzwang.

Für Wohlhabende und hochverzinliche Unternehmungen. Die Stadterwerbsverordnungsung von Zella-Mehlis (Thür.) hat im September folgenden Beschluß gefaßt: 1. Der Stadtrat wird ersucht, die bemittelten Mieter, welche zur Uebernahme der Bausen eines eigenen Hauses in der Lage erscheinen, schriftlich aufzufordern, die Wohnungsnot durch eigene Bauten mildern zu helfen. Als zum eigenen Wohnungsbau geeignet sollen in der Regel solche Personen angesehen werden, welche selber über die notwendigen Beträge verfügen, die bisher als staatliche und städtische Zuschüsse (zusammen rund 23 000 Mark) gewährt wurden, oder die schickungsweise über 36 000 Mark jährliches Einkommen zurzeit haben. 2. Die Thüringische Regierung ist zu ersuchen, bei der Reichsregierung anzuregen, für Mieter mit entsprechendem Vermögen oder Einkommen den Bauzwang und ferner gesetzlich festzulegen, daß

der Deutschen Sprache geworfen. Dem großen Gesehten wurden reiche Ehrungen zuteil, u. a. war er Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Deutsche Studentenschaft. Zur Förderung des Studiums begabter Söhne minderbemittelter Eltern hat der Bankier Hugo J. Herzfeld in Berlin dem Reichspräsidenten einen Betrag von zunächst fünf Millionen Mark mit der Zusicherung zur Verfügung gestellt, auch in den kommenden Jahren weitere größere Summen zu demselben Zweck zu überweisen. Der Reichspräsident hat diese Stiftung gerne entgegengenommen und bestimmt, daß die überwiegen und künftig noch eingehenden Beträge unter dem Namen „Deutsche Studentenschaft“ (Hugo J. Herzfeld-Stiftung) dazu verwendet werden sollen, begabten Söhnen minderbemittelter reichsdeutscher Eltern aus allen Teilen Deutschlands, insbesondere Söhnen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, früheren und jetzigen Unteroffizieren und Offizieren, ohne Unterscheid der Konfession und Partei das Studium an deutschen Hochschulen zu ermöglichen. Zur Verwaltung und Beaufsichtigung der Stiftung wird der Reichspräsident ein Kuratorium berufen, das unter seinem Vorsitz im allgemeinen und im einzelnen über die Verwendung der Summen Entscheidung treffen wird. Die Zusammensetzung des Kuratoriums, die Bedingungen für die Bewerbung und die Stelle, wohin Bewerbungen zu richten sind, werden demnächst besonders bekanntgegeben.

Französische Schautropenpropaganda in elässischen Schulen. Am Verlage Berger-Levrault, Paris, Nancy und Straßburg, ist 1919 ein Schulbuch „Culture, Les Crimes Allemands“ erschienen, das sogar kleinen Mädchen ausgehändigt wird. Das Inhaltsverzeichnis, das hier folgt, beleuchtet den Geist der „Sieger“ so treffend, daß wir es uns ersparen können, Auszüge aus dem „Schulbuch“ zu veröffentlichen. Die Kapitelüberschriften lauten:

1. Sie haben gestohlen.
2. Sie haben Brand gestiftet.
3. Sie haben gemordet.
4. Sie haben Frauen und Kinder vergewaltigt.
5. Sie haben Verwundete umgebracht.
6. Sie haben sich hinter Frauen versteckt.
7. Sie haben die Zivilisierungen gemordet.
8. Sie haben gelogen und vertuscht.
9. 93 Deutsche Intellektuelle . . . und einige andere machen schlechte Witze.

Jeder dieser beispiellosen Verleumdungen Deutschlands ist ein schamlos vorleuchtendes Bild vorgebeht. Wollen die Franzosen auf diese Weise das Deutschland des Esch französisieren, oder wollen sie den bedauernswerten Kindern, deren unerdorbenen Herzen solche Kost vorgezeigt wird, auf diese Art Bildung und Kultur beibringen?

1495 und 1685.

Von Rag Jungniel.

Luther sang hungernd, das Herz voller Lieber, vor den Eisen-geräusch. Es war im Winter 1495. Da jamm Gott nach und grüßte. Schöpferstunde erwachte in Gott und bewegte den Himmel. Ich will den trierenden Bergmanns jungen dort unten zu meinem Landsknecht machen. Und nach einer Weile jamm er wieder nach: „Sein Beck wird groß sein und weit und prophetenstark; aber es wird schwer sein und stachelig und wild. Ich wills in die Herzen der Menschen hineinschleusen lassen wie guten Wein. Ich will seinen Werke die Flügel meines Himmels geben.“ Die Jahre vergingen. Hundert Jahre waren in seiner Hand wie eine Minute. Da kam das Jahr 1685. Er holte mit seinen Gottes Händen die Melodien aus der Ewigkeit, er haßte die Lieber von den Rippen der Engel, und auch die Klänge der Sterne helen auf ihn hernieder. Da wurde es im Himmel still. Und Gott sprach: Ich will den Gesang aus meinem Himmel einmal auf die Erde schallen, daß er emporquillt wie die Quellen der Seligkeit. Die Menschenherzen laß ich an diesem Gesang emporspringen, wie auf einer Liebeswobenen Leiter, bis zu mir hinauf. Und er nahm die himmlische Musik und legte sie in ein Herz, in ein Menschenherz. Da wurde Bach geboren. Seit dem Tage ist Gott auf der Welt und die Erde klingt.

Das findige Telefonfräulein.

In paradiesische Telefonzustände, die für uns ganz märchenhaft klingen, führt die Erzählung von der Findigkeit, Liebessüchtigkeit und Gefälligkeit der New Yorker Telefonistinnen, die Franz Hillier in der Daily Mail veröffentlicht. Besonders die Damen, die die Ferngespräche vermitteln, zeichnen sich in den Vereinigten Staaten durch eine geradezu ungläubliche Hilfsbereitschaft aus. Als Beispiel dafür berichtet Hillier Folgendes: „Neulich wollte ich jemanden in Washington sprechen und gab ein bringendes Gespräch auf. Ich mußte nur seinen Namen und den Namen des Hauses, in dem er eine möblierte Wohnung hatte. Aber das war für das Telefonfräulein völlig genug. Ich werde schon die Nummer finden“, sagte sie. „Wie ist Ihre Nummer und Ihr Name, wenn ich bitten darf. Ich rufe Sie an.“ „Hilf! Minnen hinter Klingel!“ sagte sie. „Mr. Doh ist ausgegangen, Mr. Hillier“, sagte sie und wird erst um 3 Uhr wieder „hinter Klingel“ zu sein.“ In den Vereinigten Staaten braucht man niemals einen Ferngespräch zu befragen, bis nicht der andere wirklich am

Apparat ist, und so erfährt man ganz umsonst, ob der Betreffende zu Hause ist oder wo er sich gerade befindet. „Soll ich um 3 wieder anrufen?“ fragt der häßliche Engel. „Bitte sehr.“ Fünf Minuten nach 3 erkönt die angenehme Stimme des Fräuleins wieder am Apparat. „Man sagt mir, er habe telefoniert, daß er bis Abends fortbleibt“, berichtet sie. Keine Enttäuschung muß wohl im Klang meiner Stimme zum Ausdruck gekommen sein, als ich mich bedanke, denn sie fragt sofort reißend: „Ist es sehr dringend?“ „Ja, ich möchte ihn wirklich notwendig sprechen“, antwortete ich. „Haben Sie denn keine Idee, wo er sein kann?“ meinte das Telefonfräulein. Ich antwortete, daß ich es nicht wüßte und will abhängen. Aber die Güte und Langmut der Telefonistin ist noch nicht erschöpft. „Kann ich Sie abends anrufen?“ fragte sie. „Ich bin leider nicht zu Hause.“ „Ich kann Sie überall anrufen“, bezieht sie sich zu erwidern. „Nun, ich speise abends in dem und dem Hotel, Zimmer sounds, und dann werde ich wohl ins Theater gehen.“ „In welches, wenn ich fragen darf?“ „Ich weiß es leider nicht. Ich weiß nur, das Stück heißt „Sally“. Kurz nach dem Anfang des zweiten Aktes von „Sally“ werde ich von dem Vogenspieler, dem ich meinen Namen gesagt hatte, ans Telefon gerufen. „Dort Mr. Hillier?“ hör ich die Stimme des Fräuleins, freundlich und nett wie immer. „Ich gebe Ihnen Mr. Doh.“ Als wir unsere Angelegenheit erledigt hatten, sagte Doh: „Wie, um Himmelswillen haben Sie nur erfahren, wo ich bin.“ „Wo sind Sie denn?“ „Im Dampfbad“, antwortete er. „Wer kann das wohl herausbekommen haben.“ „Das Telefonfräulein“, antwortete ich gerührt, „aber wie sie es herausbekommen hat, das bleibt ihr Geheimnis.“

Kunst und Wissen.

Hermann Paul t. Im Alter von 75 Jahren starb in München Universitätsprofessor Gehelmar Dr. Hermann Paul, einer der führenden Vertreter der germanistischen Wissenschaft. Er war 1846 in Salzb bei Raasdorf geboren, wurde 1874 Professor in Freiburg und wirkte seit 1893 als Nachfolger Wegers an der Universität München. Um ihn, Braune und Sieners sammelte sich in den 70er und 80er Jahren die junge germanistische Generation, die Mitarbeiter zu den Paul- und Braune'schen Beiträgen, sowie später zu dem von Paul herausgegebenen Grundriß der germanistischen Philologie. Auf allen Gebieten seiner Wissenschaft wirkte Paul vielfach bahnbrechend. Seine Forschung zeichnete sich ebenso durch philologisch-historische, wie psychologisch-philosophische Werte und Tiefe aus. Seine Hauptwerke sind die Prinzipien der Sprachwissenschaft, die Mittelhochdeutsche Grammatik, das Deutsche Wörterbuch. Seit Jahren schwer leidend und fast völlig erblindet, hat er sich mehr und mehr von seiner Arbeit zurückgezogen und sich fast ausschließlich auf die Lexikographische Forschung für sein großes Wörter-

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Das Wirtschaftsjahr 1921.

Rückblick und Ausblick.

Das zweite sogenannte Friedensjahr ist abgeschlossen und hat, wie im Vorjahr, so auch diesmal, alle Kennzeichen wirtschaftlicher Nöte und Krisen getragen, blühend im Schein nach außen, nach innen jedoch Kämpfe und Sorgen. Was nützt der Umstellungsprozess in der deutschen Wirtschaft, der mit so unendlich viel Mühe und Kraftentfaltung zur Durchführung gelangt, wenn nach außen hin alle Bedingungen fehlen, diesen wirtschaftlichen Organisationsprozess voll in Erscheinung und in seinen Aus- und Rückwirkungen merklich treten zu lassen? Ein Krisenjahr erster Ordnung war 1921, härter noch in seinen Erscheinungen als das Vorjahr, und alles dies, alle diese Sorgen und Kämpfe müssen als Folgen des Vertrages von Versailles verbucht werden. Am Anfang und am Ende des Jahres steht das Reparationsproblem als Drohung, als Gefahr. Die Londoner Konferenz brachte im Frühjahr 1921 die Sanktionen wirtschaftlicher und militärischer Natur, brachte das Ultimatum und damit das Kabinett Wirth, das Kabinett der Erfüllungspolitik. Deutschlands Wirtschaft und Deutschlands Finanzen standen unter dem Druck der Erfüllung des Ultimatus, der Leistungen aus dem Reparationsprogramm. Doch mehr, von gleicher grundsätzlicher Bedeutung für Deutschland war der Kampf um Oberschlesien und schließlich der Genfer Schiedsspruch, der die oberschlesische Schwerindustrie in dem jetzt deutschen Teile Oberschlesiens zu einem Schatten der einst so stolzen und blühenden Industrie machte und neue schwere Rückwirkungen, insbesondere für die deutsche Kohlenwirtschaft ergab.

Neben diesen schweren Stunden für die deutsche Wirtschaft müssen jedoch auch die vereinzelt Lichtpunkte zur Erwähnung gelangen, die optimistisch genommen, Deutschland als Faktor in der Weltwirtschaft charakterisieren. Der Friedensschluß mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat zwar noch nicht zu einem Handelsprovisorium geführt, aber gerade in diesen letzten Tagen des alten Jahres mehren sich die Anzeichen, daß auch in den U. S. A. nunmehr großer Wert darauf gelegt wird, endlich wieder den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern auf eine rechtlich gesicherte Basis zu stellen. Die Zahl der von Deutschland 1921 abgeschlossenen Handelsverträge und provisorischen Handelsübereinkommen hat sich erfreulich vermehrt, sogar ein regulärer Meisbegünstigungsvertrag mit Portugal findet sich hierunter vor; mit den russischen Randstaaten haben die wirtschaftlichen Verhandlungen begonnen und nehmen einen verheißungsvollen Fortgang, auch das Problem Sowjetrußlands erscheint nicht mehr als unlösbar, nachdem der neue Kurs der Sowjetregierung und das unlegare Interesse Englands viele der bestehenden Schwierigkeiten hinweggeräumt hat. Will es hier scheitern, als ob in Deutschlands Außenhandel u. Handelspolitik sich Wendungen vorbereiten, so drückt der Gedanke an die Reparationen wieder alle Hoffnungen zu Boden. Die erste Goldmilliarde ist fristgemäß von Deutschland bezahlt worden, teils durch Devisenkäufe am offenen Markt, teils mit Ausnutzung kurzfristiger Kredite und vermittels Lombardierung der Edelmetallbestände der Reichsbank.

Die ersten Devisenbeschaffungen zur Abdeckung der im Frühjahr fällig gewordenen ersten Rate haben auf deutlichste Weise gezeigt, zu welchen Schwankungen auf dem internationalen Geldmarkt ein Ankauf derartiger Beträge führt. Es kam zu Kursschwankungen von solcher Bedeutung, daß die Reparationskommission für die nächstfälligen Zahlungen Veränderungen treffen mußte, und doch haben immer wieder neue Kursschwankungen sich als Folgen der deutschen Zahlungen ergeben. Das deutsch-französische Abkommen von Wiesbaden setzte teilweise Sachleistungen unverändert geblieben und für 1921 auch geleistet worden. Die sich aus den Devisenschwankungen für Deutschland, aber auch für die Entente-staaten ergebenden Schwierigkeiten haben endlich den Gedanken an ein Moratorium auftauchen lassen; Kredit-Aussichten in größerem Umfang schienen sich eröffnen zu wollen, Stinnes, Havenstein und Rathenau wurden nach London berufen, aber der sich politisch erklärende Widerstand Frankreichs hat vorerst den Sieg davongetragen. Endlich hat dann daraufhin die deutsche Regierung offiziell die Unmöglichkeit dargetan, die im Januar und Februar fälligen Reparationsraten zu zahlen und um ein Moratorium ersucht. Jetzt muß nun die Entscheidung fallen. Durch die Note der deutschen Regierung ist das gesamte Reparationsproblem offiziell aufgerollt worden und muß unter Anhörung Deutschlands debattiert werden. Was nun kommen wird, ist noch nicht klar erkennbar, eins aber ist sicher: Deutschland braucht einen Kredit, nicht einen kurzfristigen, sondern einen großen, billigen und langfristigen Kredit mit einer Ruhepause in den Barzahlungen aus dem Reparationsprogramm.

*

Die Gesetzentwürfe über Devisenbeschaffung und Ausfuhr-abgaben.

Ueber die auf Verlangen der Reparationskommission dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwürfe zur Erfassung von Ausfuhrdevisen herrschen in Ausfuhrkreisen noch Unklarheiten. Es wird daher darauf hingewiesen, daß sich an der bisherigen praktischen Handhabung der Devisenbeschaffung (durch Fakturierung in Auslandswährung) und der Devisenerfassung (durch Devisenlieferung und Ablieferungskontrolle) nichts ändert. Die von den Ausschüssen der Außenhandelsstellen gefaßten Beschlüsse behalten nach wie vor ihre Gültigkeit, sollen aber auf gesetzliche Grundlage gestellt werden. Der betreffende Gesetzentwurf, der die Form eines Rahmen-gesetzes hat, sieht vor, daß die Bewilligung zur Ausfuhr von Waren nur unter der Bedingung erteilt wird, daß der Ausfuhrwert in Auslandswährung dem Reich zur Verfügung gestellt wird. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhr-bewilligung wird jedoch ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen und die nötigen Ausführungsbestimmungen zu geben. Das wird voraussichtlich in der Weise geschehen, daß die Beschlüsse der einzelnen Außenhandelsstellen, die von den Ausschüssen über die Fakturierung in Auslandswährung, die Devisenbeschaffung und Devisenlieferung gefaßt worden sind, im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Der zweite Gesetzentwurf enthält die Ermächtigung für die Reichsregierung, anzuordnen, daß zur Erfüllung der Ultimatus-Verpflichtungen bei der Ausfuhr von Waren nach hochvalutarischen Ländern 2% des Ausfuhrwertes als Ab-gabe gegen Erstattung des Gegenwertes vom Exporteur er-hoben werden. Diese Erhebung der 2%igen Ausfuhrabgabe tritt aber noch nicht in Kraft. Die Entente hat sich jedoch vorbehalten, die Inkraftsetzung dieses Gesetzes zu verlangen,

wenn nicht genügend Devisen zur Bezahlung der im Londoner Ultimatum festgesetzten und bisher lediglich als Zahlungs-index geltenden 2%igen Reparationsabgabe beschafft und abgeliefert werden. Die Regierung hofft indessen, daß die erforderlichen Devisen sich auch ohne Zwangsmaßnahmen werden beschaffen lassen.

Nicht zu verwechseln mit diesen beiden Gesetzentwürfen ist ein dritter, der gleichfalls dem Reichsrat zugegangen ist und die Erhebung der sogenannten sozialen Ausfuhr-abgabe betrifft. Dieser Gesetzentwurf bezweckt die grundsätzliche Regelung dieser Abgabe, die bis zu 10% beträgt, und soll die Möglichkeit schaffen, auch bei nicht unter Ausfuhr-kontrolle stehenden Waren eine Ausfuhrabgabe zu erheben. Nach Artikel 1 der Bekanntmachung vom 21. Juli 1920, betreffend Ausfuhrabgabe und Grundsätze zur Anwendung der in ihr enthaltenen Vorschriften (Reichsanzeiger vom 28. Juli 1920), können Ausfuhrabgaben nur erhoben werden, wenn die betreffenden Waren ausfuhrbewilligungspflichtig sind. Das war ein unbilliger Zustand, denn es büßen Waren, die eine Abgabe tragen konnten, bisher nur deshalb abgabefrei, weil sie aus technischen Gründen ausfuhrfrei waren. Um auch diese ausfuhrfreien Waren zu einer tragfähigen Abgabe heranzuziehen zu können, bedarf es einer gesetzlichen Regelung, die durch den Gesetzentwurf erreicht werden soll. Für die Höhe der Abgabe ist der Tarif maßgebend, der in der Bekannt-machung vom 27. Oktober 1921 (Reichsanzeiger Nr. 254 vom 29. Oktober 1921) bereits veröffentlicht worden ist.

Handels-A.-G. für Getreide und Mühlenfabrikate, Berlin. Unter Mitwirkung der Bank für Handel und Industrie und des Bankhauses Hardy u. Co. ist die Handels-A.-G. für Getreide und Mühlenfabrikate mit einem Kapital von 30 Mill. M. gegründet worden. Den Vorstand bilden: Gustav Abrahamson und Siegfried Rosenthal, Berlin. Dem Aufsichtsrat gehören an: Leopold Badt, Vorsitzender, Direktor Bernhard (Bank für Handel und Industrie) als stellvertretender Vorsitzender, Bankier Pohl (Hardy) und Justizrat Schachian, sämtliche aus Berlin.

Personalien. Die Firma Lenel, Bensinger u. Co., Mann-heim-Neckarau gibt durch Rundschreiben bekannt, daß sie ihren langjährigen, bewährten Mitarbeiter, den Herren Ernst Barsdorf, Carl Degen und Walter Franek Gesamt-prokura erteilt hat. — Weiterhin gibt die Firma Alb. Nahn u. Sohn in Mannheim bekannt, daß sie ihren Mitarbeitern, den Herren Max Drechmann und Emil Bahm ab 1. Januar 1922 Kollektivprokura erteilt hat.

Börsenberichte.

Schwache, doch feste Preisbewegung.

Frankfurt, 2. Jan. (Drahtb.) Die Frankfurter Börse blieb für den Effektenverkehr geschlossen. In den ersten Morgenstunden wurde der Dollar im Verkehr von Bank zu Bank mit 183 genannt. Die Preisbewegung war während des ganzen Verlaufs sehr bescheiden, doch eher etwas fester, 184 bis 185. Der Verkehr in Wertpapieren war etwas lebhafter. Nach den Kursen, die man hörte, zu urteilen, war die Tendenz fest und die Nachfrage nach verschiedenen Aktien ziemlich regte. Montanwerte, chemische und Autoaktien fanden Beachtung, man hörte u. a. Westeregeln 1575, Deutsch-Luxemburg 550, Badische Anilin 575-600, Höchster ca. 625 bis 640, Daimler 550, Adlerwerke Kleyer waren ebenfalls gesucht. Interesse machte sich für Oesterreichische Creditanstalt bemerkbar, 130. Von den unnotierten Werten, wo sich die Umsätze lebhafter abwickelten, fanden Chemische Rheinlan zu 980 Aufnahme. Benz nannte man mit 730-740, Karstadt 320, Hansa-Lloyd 385, Gebr. Fahr 550, Tiag 635, Bahnbedarf 540 bis 560, Inag 700, Stöckicht Gummi höher gesucht. Deutsche Petroleum weiter fest, 1875-1900, Mansfelder Kuxe 21 000, Brown, Boveri 500 G., Metallbank 1050.

Devisenmarkt

Ein Dollar = 185 M.

Mannheim, 2. Jan. (4.05 nachm.) Die Geschäftstille hält allenthalben an, doch zeigen die Kurse eine mehr anziehende Tendenz. Augenblicklich werden am hiesigen Platze folgende Kurse genannt: Holland 6800-6900, Kabel Newyork 185-187, Schweiz 3600-3650, London 782-790, Paris 1500. *

Frankfurter Devisen.

Ruhiger Geschäftsgang im Devisenmarkt.

Frankfurt a. M., 2. Jan. Der Devisenmarkt verlief am ersten Geschäftstag des neuen Jahres ruhig. Im Frühverkehr stellten sich die Preise der ausländischen Zahlungsmittel, nach anfänglicher Abschwächung, später wieder fester. Newyork nannte man 182-183. Bei der Festsetzung der offiziellen Notiz machte sich bei einiger Nachfrage für Holland und Italien eine Befestigung geltend. Der Schluß war behauptet bei ruhigem Geschäft. Es wurden genannt: London 780 (amtlich 782), Paris 1500 (1500), Brüssel 1435 (1440), Newyork 185 (186), Holland 6800 (6800), Schweiz 3600 (3602 1/2), Italien 610 (615).

Antfah	31. Dezember	2. Januar	31. Dezember	2. Januar
	Gold Brief	Brief	Gold Brief	Brief
Holland	6740.70	6754.31	6933.10	6939.99
Belgien	1423.60	1438.90	1438.30	1441.39
London	771.70	773.90	781.21	783.30
Paris	1478.	1479.	1492.30	1493.30
Schwiz	3558.90	3588.10	3572.20	3573.10
Italien	2772.20	2777.00	2792.30	2793.30
Brasilien	805.60	808.40	814.10	815.90
Dänemark	3621.30	3623.70	3721.20	3723.00
Norwegen	2357.	2373.	2372.	2378.
Schweden	2118.80	2121.70	2175.30	2184.70
Polen	180.50	181.30	183.00	183.20
New York	182.00	183.00	183.00	183.00
Wien	130.00	130.00	130.00	130.00
Madrid	16.00	16.00	16.00	16.00
Barcelona	16.00	16.00	16.00	16.00
Porto	16.00	16.00	16.00	16.00
London	185.00	185.00	185.00	185.00
Paris	1500.00	1500.00	1500.00	1500.00
Brüssel	1435.00	1435.00	1435.00	1435.00
Newyork	185.00	185.00	185.00	185.00
Holland	6800.00	6800.00	6800.00	6800.00
Schweiz	3600.00	3600.00	3600.00	3600.00
Italien	610.00	610.00	610.00	610.00

Frankfurter Notenanmarkt

vom 2. Januar.

Amerikanische Noten	Gold	Brief	Oester.-Ungar., alte	Gold	Brief
Belgische	104.-	105.-	Russische	144.-	146.-
Brasilianische	130.-	130.-	Spanische	3895.-	3905.-
Englische	182.-	183.-	Schwedische	2.61	2.71
Frankzösische	1492.-	1493.-	Türkische	—	—
Holländische	6932.30	6933.30	—	—	—
Italienische	623.50	623.50	—	—	—
Oesterreich abgibt.	2.83	2.83	—	—	—

Tendenz: fest.

Berliner Devisen.

Antfah	31. Dezember	2. Januar	31. Dezember	2. Januar
	Gold Brief	Brief	Gold Brief	Brief
Holland	6742.25	6756.75	6933.10	6939.99
Brasilien	1418.55	1421.45	1438.30	1441.39
Christiansia	2347.05	2352.05	2372.20	2373.10
Kopenhagen	3621.30	3623.70	3721.20	3723.00
Stockholm	4518.25	4519.25	4535.20	4536.20
Helsingfors	242.25	243.25	243.25	243.25
London	808.15	810.15	814.15	815.90
Osaka	770.20	771.20	789.20	790.20
New York	185.00	185.00	185.00	185.00
Paris	1421.-	1421.-	1433.33	1433.33
Berlin	2767.20	2772.20	2772.20	2772.20
Wien	130.00	130.00	130.00	130.00
Madrid	16.00	16.00	16.00	16.00
Barcelona	16.00	16.00	16.00	16.00
Porto	16.00	16.00	16.00	16.00
London	185.00	185.00	185.00	185.00
Paris	1500.00	1500.00	1500.00	1500.00
Brüssel	1435.00	1435.00	1435.00	1435.00
Newyork	185.00	185.00	185.00	185.00
Holland	6800.00	6800.00	6800.00	6800.00
Schweiz	3600.00	3600.00	3600.00	3600.00
Italien	610.00	610.00	610.00	610.00

Waren und Märkte.

Mannheimer Produktenmarkt.

Mannheim, 2. Jan. Der erste Börsentag im neuen Jahre zeigte ungefähr dasselbe Bild wie der Schluß des alten. Die Stimmung war fest, doch ist keine Belebung des Geschäfts zu verzeichnen, denn die Käufer verhalten sich weiter reserviert und die Umsätze bleiben daher auf Deckungen des notwendigen Bedarfs beschränkt. Für Weizen lauteten die Forderungen höher und es wurden 810-820 M für die 100 kg Frachtparität Mannheim gefordert, doch ließen sich diese Preise nicht durchsetzen; zu 775-800 M für die 100 kg wären Käufer am Marke, zu diesen Geboten zeigen aber die Käufer keine Verkaufslust. Roggen hatte ziemlich unveränderten Markt und die Preisforderungen bewegen sich zwischen 630 bis 640 M für die 100 kg Frachtparität Mannheim. Gerste hatte kleines Geschäft. Interesse besteht hauptsächlich für Brauware, während Futtermittel vernachlässigt blieb. Für prima Braugerste lauteten die Forderungen auf 750-750 M, während mittlere Beschaffenheiten zu 710-720 M die 100 kg ab Verladestationen genannt wurden. Für Hafer wurden je nach Qualität 540-560 M für die 100 kg ab württembergischen und badischen Stationen verlangt. In Mais ist das Angebot klein, besonders nahe Ware wird gesucht, doch fehlen hierin zum größten Teil Angebote; für prompte Ware werden 600-635 M für die 100 kg bahrfrei Mannheim genannt. In Futtermitteln zeigen die Preisforderungen gegenüber den zuletzt genannten Preisen keine nennenswerten Veränderungen. Rapskuchen sind zu 520-540 M die 100 kg Frachtparität Mannheim angeboten, für Kokoskuchen bewegen sich die Preise zwischen 575-585 M für die 100 kg Frachtparität Mannheim. Malzkeime kosteten 575-580 M die 100 kg ab Heilbronn. Für Münchener Biertraber lauteten die Offerten auf 525-530 M die 100 kg ab Station München. Weizen wie auch Roggenkleie blieb zu 390-400 M per 100 kg je nach Qualität ab süddeutschen Mühlen käuflich. Raufutter lag unverändert, Wiesensheu wurde mit 500 M, Drahtgpreßes oder gebundenes Stroh mit 105-110 M die 100 kg bahrfrei Mannheim genannt.

Mehl. In Anbetracht der erhöhten Getreidepreise haben auch die Mühlen ihre Forderungen neuerdings erhöht; sie verlangen heute für Marke Spezial 0 1125 M, aus zweiter Hand liegen aber Angebote unter diesen Forderungen vor. Roggenmehl stellte sich auf 800-825 M die 100 kg ab süddeutschen Mühlen. Hülsenfrüchte hatten vollständig unveränderten Markt bei kleinen Umsätzen.

Antliche Preise der Mannheimer Produktenbörse per 100 kg waggonfrei Mannheim ohne Sack.

Weizen 790-800 M, Roggen 650-660 M, Gerste 750 bis 770 M, Hafer 575-585 M, Mais 650 M, Erbsen 700-850 M, Wiesensheu 300-320 M, Preßstroh 100 M, geb. Stroh 100 M, Reis 800-1200 M. Tendenz: fester.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 2. Jan. Am Produktenmarkt herrschte noch keine Regsamkeit, was zum Teil seinen Grund in der Störung des Telefonverkehrs hat. Mais ist seit Samstag sehr viel gekauft worden, besonders für die Brenner. Die amerikanischen Forderungen für Mais waren etwas schwächer, die Tendenz wurde hier jedoch befestigt, durch das Steigen des holländischen Goldens. Weizen und Roggen waren bei ruhigem Verkehr wenig verändert, für letzteren zeigte sich aber weite Nachfrage. Gerste war nur mäßig angeboten. Für Hafer herrschte im L. verkehr Mangel an Ware, für Abladung wurden höhere Preise gefordert. Weizenmehl hatte feste Tendenz, Roggenmehl schließenden Absatz. Für Hülsenfrüchte bestand etwas mehr Interesse und etwas mehr Umsätze in kleinen Erbsen. Futtermittel begegneten für Lieferung in dem kommenden Monat regerem Interesse.

Vom Metallmarkt. (Wochenbericht der Deutschen Metallhandels-A.-G.) Auch in der letzten Berichtswoche des vergangenen Jahres war das Geschäft wieder außerordentlich ruhig. Die Grundtendenz ist zwar verständiglich und fest, doch bleibt das Geschäft bisher klein und bewegt sich in den engsten Grenzen. Der Konsum wünscht vor dem Jahreschluß keine Käufe mehr vorzunehmen und der Handel ist infolge der allgemein noch undurchsichtigen Lage nicht geneigt, vor dem Jahresende noch größere Engagements einzugehen. Ob sich die hin und wieder geäußerten Meinungen, daß man Anfangs Januar eine Belebung des Geschäfts erwarten darf, als richtig erweisen werden, wird zum großen Teil von der politischen Weiterentwicklung abhängen. Die Notierungen an der Londoner Metallbörse blieben ebenfalls fast vollkommen unverändert. Die aus London vorliegenden Berichte konstataren, daß auch dort das Geschäft sehr ruhig ist und man ebenfalls erst im neuen Jahre eine Belebung und damit ein Steigen der Preise erwartet. Der Altmetallmarkt in Deutschland war in Übereinstimmung mit dem Neumetallmarkt ebenfalls ruhig. Es ist genügend Material zu haben, doch ist die Tendenz für alle Altmetalle ebenfalls ziemlich fest. Für den Konsum gelten zurzeit folgende Preise: Elektrolytkupferkathoden Dezember 56-57 M per 1 kg, Januar 56-57 M, Raffinadekupfer Dezember 50-51 M, Januar 50-51 M, Hüttenweichblei prompt 20.50-21.50 M, Hüttenroh-zink Marke Ziro RR 21-22 M, Feinzink Marke Zero, 99.9% ig 24.50-25.50 M, Bankzinn 136-138 M, Straßzinn 136-138 M, Hüttenzinn 99% ig 134-136 M, Antimon 20-21 M.

Baumwolle. (Wochenbericht von Knoop u. Fabarius, Bremen.) Seit Mitte November sind die Preise um volle 2 cts. gestiegen. Ueber die allgemeine Lage ist Neues nicht zu sagen. Das Geschäft ist nach wie vor sehr still, aber unausgesezt ist ein fester Unterbau an allen Märkten unverkennbar, und von Amerika wird gemeldet, daß die Vorräte an effektiver Baumwolle sich durchweg in festen Händen befinden. Die Basis hat infolgedessen in der letzten Zeit denn auch entschieden angezogen und zeigt Neigung zu weiterer Besserung.

*

Dampferbewegungen des Nordd. Lloyd, Bremen.

Bremen-Newyork: D. "America" nach Newyork 23. 12. 21, 4 Uhr vorm. an Newyork.
Bremen-Brasilien: D. "Bromerhaven" nach Brasilien 23. 12. 21 in Cabadello. — D. "Minden" nach Brasilien 26. 12. 21, 12 Uhr nachm. ab Bremerhaven. — D. "Hameln" nach Brasilien tritt am 22. 1. 22 Ausreise an.
Bremen-La-Plata: D. "Westfalen" nach Bremen 26. 12. 21, 4 1/2 Uhr nachm. an Bremen.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Dr. Franz Bruns, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, B. 6, 2.
Direktion: Ferdinand Deumig. — Hauptverteilung: Dr. Fritz Goldenbaum, Beckenbühlstr. 10, B. 6. — Dr. Fritz Sommer; für Handel: H. B. Franz, Richter; für Postlieferung: H. Maderno; für Solofas und den übrigen redaktionellen Ansat: Richard Schönlender; für Anzeigen: Paul Bögel.

ALTER WEINBRAND **JACOBI 1880** WEINBRENNEREI STUTTGART

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, entschlief heute nach unsers hertzigen, heimgeliebten Schwester, Enkelin, Nichte, Schwägerin und Tante, Frau

Georgine Wachenheim

geb. Wiener

im Alter von 80 Jahren.

*6608

Im Namen der in bester Trauer Hinterbliebenen:

Dr. med. Joseph Wiener.

Mannheim, Frankfurt, Biogen a. Rh., 1. Januar 1922.

Die Beisetzung findet Mittwoch, den 4. Januar, um 11 Uhr vormittags, von der Leichenhalle des israel. Friedhofes aus statt. Kondolenzbesuche dankend verboten.

Statt Karten.

Verwandten, Freunden und Bekannten die Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe, treuversorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Frau Luise Schmiege Wwe.

geb. Stelzenmüller

nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 69 Jahren heute in die ewige Heimat abzurufen.

MANNHEIM (Molitor, 6), den 1. Januar 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Offene Stellen

Oelimport-Aktien-Ges.

sucht

bei der Verbraucher-Kundschaft in

Baden

gut eingeführten branchekundigen

Vertreter

in angenehme Dauerstellung.

Ausführliche Angebote unt. S. R. 1447

an Rudolf Mosse, Stuttgart. E1

Automobil- u. Fahrradhaus

sucht auf sof. oder später spez. in Fahrradbranche

tüchtigen, zuverlässigen Herrn

(guten Verkäufer), der befähigt ist, den Chef, ge-

legentlich zu vertreten. Angebote mit genauen An-

gaben, Zeugn. und Gehaltsanpr. an F. F. 4507

an Rudolf Mosse, Freiburg i. B. E1

Tücht. Buchhalter(in)

bilanzfähig, mit in. Empfehlungen E1

perf. Maschinenschreiber(in)

u. Stenotypist(in)

für Großhandlung zum baldmöglich. Eintritt

geht. Angebote mit Zeugnisabschriften u.

Gehaltsanprüfungen unter R. M. 788 an

Rudolf Mosse, Mannheim. E1

Die Alleinvermittlung

auf eigene Rechnung ein. latib. Unternehmen für

Haushaltungs- u. Verbrauchsmittel, nur

patentamt. geld. Brief (jetzt Monatsumlage

RM. 300.000) soll an faunim. befähigt. Herrn für

groß. Bedarf oerufen werden. Branchenkenntnis

nicht Bedingung, jedoch Unlust u. groß. Fleiß.

Zielbewußte Herren in geordnet. Verhältn. die

üb. mind. RM. 15-20.000 für Vorgesaltung u.

Umsatzung verlag. wollen ausführl. Ans. ein-

reichen u. B. N. T. 8539 an W.-G. Gesellschaft

& Vogler, Berlin W. 35. E151

Großhandlung Mannheims

sucht zum sofortigen Eintritt perfekte

jüngere Stenotypistin

Angebote u. H. Y. 90 an die Geschäftsstelle. *6604

Mehrere durchaus-perfekte

Stenotypistinnen

zum sofortigen erst. auch spät. Eintritt

gesucht.

Bemerkungen sind einzureichen an

Brown, Boveri & Co.

Aktiengesellschaft

Mannheim-Käfertal. E356

Straßenverkäufer

erhält Angebot in leicht

verfüglich. Höchstem Ge-

bruchs-Erlöse mit

hoh. Verdienstmöglichkeit

Anfragen unt. H. 2. 91

an die Geschäftsstelle *6603

Stross, ebringer

Mädchen

zu baldigem Eintritt ge-

sucht. *6615

Rahm, Braubaker, S. H.

Putzfrau.

Zuerstjährige, tüchtige

Putzfrau für Haus-

arbeit und Wäsche für

2 Tage wöchentlich ge-

sucht. Persönliche Be-

merkungen vormittags

Prinz Wilhelm-

straße 21, IV. *6612

Für sofortige

Monatsfrau

geht. *6619

Werderstraße 9, 3. Stof.

Braves Mädchen

geht. *6620

Frau Dr. Weitzel

Große Wenzelstraße 13

Stellen-Gesuche

Nebenbeschäftigung

in den Abendstunden von

tüchtigem Kauf-

mann gesucht. *6620

Angebote u. J. H. 99

an die Geschäftsstelle.

Tüchtige Stenotypistin

sucht Beschäftigung für

vormittags. *6620

Angebote unter J. V. 12

an die Geschäftsstelle.

Mies-Gesuche

Junges Mann sucht

möbl. Zimmer

in schöner Lage. Ange-

bote unter H. K. 89 an

die Geschäftsstelle. *6602

Einf. möbl. Zimmer

mit Kofl. auch an solche

Damen sofort zu vermiet.

Laub, S. R. 2. 11. (Mannh.)

Zwei Freunde

suchen für sich ein möbl.

Zimmer in ruhiger, gesun-

dener Gegend. Angebote

unter J. S. 9 an die

Geschäftsstelle. E1

Wohn- u. Schlafzimmern

erol. auch ein schön. Zim-

mer in mögl. gut. Gegend.

Angeb. unt. J. S. 9 an d.

Geschäftsstelle. E1

Rinderl. Ehepaar (Ober-

Beamter hier) sucht

3-4 Zimmerwohnung

mit Zubehörl. sofort oder

später. Rose Dillingh-

ferstraße 206. Angeb.

unter H. 2317 an den

Mannh. Gener.-Anzeiger

Journal Wobboldstr. 63. E1

Laden

mittl. Größe (1-2

Räume) in guter Ge-

schäftslage mögl. nahe

Markt gesucht. E386

Angebote erbeten u.

O. Z. 150 an die

Geschäftsstelle.

gut möbliertes
Schlaf- und Wohnzimmer
Angebote unter J. H. 8 an die Geschäftsstelle.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmern
von solchem selbständigen Kaufmann sofort zu mieten gesucht. Höhe Friedrichsplatz oder Schloß bevorzugt. Angebote unter J. P. 6 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *6628

Flaschen
Sekt-, Weid-, Rotwein- u. Bismilichflasch., Lampen-Papier usw. sind. Solten Metalle u. Eisen keine zu höchsten Preisen. Bei Bestellung, bitte sich dir an mich zu wend. S. 274

E. Zwickler, G 7. 48. Tel. 5465.

Wanduhren u. Wecker
mit prima Messingwerken u. sauberem Gehäus. kauf. Sie zu außergewöhnlich billig. Preisen bei

Ludwig Groß P. 2. 14
Besichtigung meines großen Lagers ohne Kaufzwang gestattet. E136

20 Zentner Bonbons la.
zum Herstellerpreis abzugeben.

Argin Geurischin, J 1, 5
Telephon 7048. *6614

Ungeziefer all. Art beseitigt
R. Kroschel
Kammerjäger
Mannheim T 5. 10. Telephon 3492
Spezialist radikaler Wanzen-Ausrottung Kontrahent 585
Städt. und Städt. Behörden.

Torpedo
Reparatur-Werkstätte für alle Systeme

Otto Zickendraht MANNHEIM
1075

Ca. 10000 qm
Fabrik-Baugelände

eventl. mit Gleisanschluß in der Gemarkung Mannheim

sofort zu kaufen gesucht
Ausf. Angebote unter V. M. 187 an die Geschäftsstelle ds. Blattes. 10

Amtliche Bekanntmachungen

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Während in Schlesien die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen.

A. Sperrbezirk.

Die verzeichneten Gebiete bilden einen Sperrbezirk I. E. der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen des Bundesrats zum Reichsinfektionsgesetz.

B. Beobachtungsbz.

Im den Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsbz. im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsinfektionsgesetz bestimmt aus der Gemeinde Schriesheim gebildet.

C. 15 Km.-Umkreis.

Die in dem Umkreis von 15 Km. vom Sperrbezirk Schriesheim nach Richtung des S. 168 Abs. 1 Bestimmungen zum Reichsinfektionsgesetz anzuwenden.

Mannheim, den 30. Dezember 1921.

Tab. Bezirksamt - III. 11. a.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die am 16. November 1921 begl. des Reichsinfektionsgesetzes nach Richtung des S. 168 Abs. 1 Bestimmungen zum Reichsinfektionsgesetz anzuwenden.

Mannheim, den 21. Dezember 1921.

Tab. Bezirksamt - III. 11. a.

Jagd-Verpachtung.

Am Samstag, den 14. Januar 1922, nachmittags 1/2 Uhr, wird auf dem Rathaus dahier die Jagd auf der Gemarkung Steinsfurt öffentlich verpachtet.

Die Gemarkung ist in 2 Jagdbezirke eingeteilt. Jagdbezirk A ca. 600 ha. Jagdbezirk B ca. 600 ha. Die Verpachtung der Jagd kann erfolgen und zwar bezgl. des Jagdbezirkes A an Stämeh 1928 bis dahin 1929 und bezgl. des Jagdbezirkes B beginnend sofort bis Stämeh 1929. Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpostens sind, oder durch Zeugnis des Bezirksamtes nachweisen, daß gegen Verleihung eines solchen nichts im Wege steht. Die Bedingungen liegen bis dahin zur Einsicht auf.

Steinsfurt, den 31. Dezember 1921.

Bürgermeisteramt:

Braun.

Allen unsern werthen Gästen
Freunden und Gönnern *6598

ein glückliches
neues Jahr!

Michael Schäfler und Frau
Hotel Stadt Wasel.

Mannheimer Bank
Aktien-Gesellschaft
Zweiganstalt der Rheinischen Creditbank
Hauptkassen: L 1, 2. Teleph. 7280-7283
Spar- und Depositenkassen: Q 2, 5. Teleph. 6167
Postfachkonto Karlsruhe No. 16700

Betreuung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten
Annahme von Spar-Einlagen
insbes. der 10% bei höchstmöglicher Verzinsung
in nach Kündigungsterm. E148

Mannheimer Wohnungs-Anzeiger

Nr. 1 erscheint Freitag, 6. Januar 1922 Nr. 1

Anzeigen-Bestellungen
über Wohnungstausche, Wohnungs- und Zimmer-Gesuche u. s. w. für diese Nummer erbitten längstens bis Donnerstag vormittag
Aufnahmen erfolgen nur gegen Vorauszahlung

Die Geschäftsstelle
E 6, 2 :: Fernspr. 7940-45